



Landtag  
**Burgenland**

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

der

02. Sitzung

der

XXIII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 20. Februar 2025**

10:01 Uhr – 12:19 Uhr

---

## **Tagesordnung**

1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil
2. Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse

-----

## Inhalt

### Landesregierung

Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil (S. 31)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner (S. 42), Wolfgang Spitzmüller (S. 46), Mag. Christian Sagartz (S. 48), Ing. Norbert Hofer (S. 53), Dr. Roland Fürst (S. 57)

### Ausschüsse

Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Agrarausschusses, des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 63)

### Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 70)

## **Beginn der Sitzung: 10 Uhr 01 Minute**

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Die Bekanntgabe des Einlaufes wurde gemäß § 56 Abs. 3 GeOLT mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Meine Damen und Herren! Die Zuweisung dieser Vorlagen werde ich im Anschluss an die Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse vornehmen.

Werte Abgeordnete! Regierungsmitglieder! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

### **1. Punkt: Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil**

Es ist nun 10 Uhr 02 Minuten, wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Abs. 1 der Burgenländischen Landesverfassung hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungstätigkeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrte Präsidentin! Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Sehr geehrte Abgeordnete des Burgenländischen Landtages! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist durchaus eine ehrenvolle, eine schöne, eine besondere, aber auch eine Aufgabe, die mit Demut zu erfüllen ist, für unser Heimatland Burgenland an der Spitze der Regierung zu stehen, gemeinsam mit den GRÜNEN als Koalitionspartner ein Regierungsprogramm zu verantworten, das aus unserer Sicht die nächsten fünf Jahre wesentlich und wichtig gestalten wird, wichtige Weichenstellungen vornehmen wird, sodass das Burgenland stabil, zukunftsorientiert in die Zukunft blicken kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch ganz explizit betonen - und das ist eine persönliche Bemerkung, auch basierend auf persönlichen Erfahrungen, basierend auf meinen politischen persönlichen Erfahrungen, dass es wirklich eine Besonderheit darstellt, in welcher Art und Weise dieses Regierungsübereinkommen geschlossen wurde mit der Grünen Fraktion.

Dass es Gespräche waren auf Augenhöhe, dass es Gespräche waren, die von inhaltlichen Überzeugungen getragen wurden, dass es Gespräche waren, die nicht darauf basiert sind, dass es darum geht, Posten zu verteilen, dass es darum geht, in das alte Proporzdenken zurückzuverfallen, sondern offen auf Augenhöhe, transparent und ehrlich darum geht, das Land Burgenland zu gestalten, Politik für die Bevölkerung dieses Landes zu machen.

Und genau aus diesem Grund haben wir unseren Zukunftsplan für das Land auch unter das Motto gestellt: Nachhaltigkeit, Zusammenhalt und Sicherheit.

Das sind Attribute, die das Burgenland in der Vergangenheit, in den letzten 100 Jahren und darüber hinaus, mit Sicherheit geprägt haben, die global gesehen vieles dazu beigetragen haben, dass das Burgenland von heute so ist wie es ist, dass wir diese Vorzüge des Burgenlandes auch leben können und das bringt natürlich auch eine gewisse Verantwortung mit sich.

Bevor ich aber ins Detail oder zu einzelnen Themen Stellung nehmen möchte, ist für mich auch wesentlich, die Gesamtsituation, die globale politische Gesamtsituation zu betrachten und nicht unerwähnt zu lassen.

Man darf nicht vergessen, und das, glaube ich, bewegt alle, nicht nur uns hier im Landtag, nicht nur uns hier auf der Regierungsbank, wir haben wirklich schwierige Phasen und schwierige Zeiten vor uns. Manche sprechen von einer Zeitenwende.

Es ist nicht mehr nachvollziehbar, es ist auch logisch teilweise nicht mehr begründbar, wie Politik im großen Stil, wie Weltpolitik teilweise gemacht wird, ist auch nicht mehr berechenbar.

Es passt auch nicht mehr in dieses europäische System der Politik und in dieses System des Denkens wie Politik gelebt wird und wie Politik für die Menschen gemacht wird. Es verändert sich viel und man hat das Gefühl, jetzt als Konsument nicht als Politiker, man ist bei den Weltgeschehnissen, auch aus europäischer Sicht, Passagier. Und es wird nicht mit uns Politik gemacht, sondern über uns Politik gemacht.

Und das befremdet bis zu einem gewissen Grad, das befremdet insofern bis zu einem gewissen Grad, weil die Basis dieser neuen Politik, dieser neuen Art Politik zu machen, Entscheidungen zu treffen, sie umzusetzen, zwar auf der einen Seite mit Sicherheit bis zu einem gewissen Grad hin auch Staatsgefüge, auf demokratischen Mechanismen besteht, aber auf der anderen Seite sehr oft auch getrieben ist von der Spaltung der Gesellschaft.

Das sieht man im großen Stil in Amerika, das sieht man in anderen Ländern, das sieht man auch, wenn unser Sicherheitsapparat immer darauf hinweist auf die hybride Kriegsführung, auf die Beeinflussung von Entscheidungsmechanismen, auf die Beeinflussung der Gesellschaft über neue Medien, et cetera, et cetera.

Und ich habe schon mehrfach gesagt, wenn es darum geht, kann man nicht nur in die weite Welt blicken und sagen okay, das ist das Weltgeschehen und wir beobachten was da und dort passiert, sondern wenn es darum geht, haben auch wir im schönen Burgenland als Politiker eine Verantwortung.

Und diese Verantwortung für mich bedeutet, dass wir natürlich und speziell auch in diesem Haus den politischen Diskurs führen müssen, das ist keine Frage. Wir sind unterschiedliche Parteien, wir haben unterschiedliche Herangehensweisen, es gibt auch unterschiedliche Ziele. Diese Ziele muss man herausarbeiten, damit auch die Bevölkerung sieht wer steht wofür, und wem gebe ich möglicherweise das nächste Mal meine Stimme,

wen wähle ich in den Landtag, wen will ich an diesen Positionen haben und wer soll zukünftig gestalten.

Das Problem mittlerweile, das ich in dieser Art oder in diesem Zusammenhang, in diesem Kontext verorte, ist die Desinformation. Gezielte Desinformation, der Umgang mit der Wahrheit ist im politischen Bereich eher eine saloppe, im privaten Bereich ist das ganz anders. Da hat man die Familie, da hat man einen Freundeskreis, da überlegt man sich dreimal was man sagt, wie man mit seinem Gegenüber, mit seinen Freunden umgeht.

Im politischen Diskurs ist das alles egal. Im politischen Diskurs ist das der Feind, das ist das Gegenüber, der muss weg, den will ich nicht und was auch immer, was man da im Hinterkopf mit sich trägt, wenn man ein Vertreter in einer anderen Partei oder in Oppositionspartei oder in Regierungspartei oder vice versa, ist jetzt egal in welchen Kontext man das sieht und ihm begegnet.

Und ich möchte wirklich auch an dieser Stelle eindringlich darauf aufmerksam machen, wir sind beispielgebend für unsere Bevölkerung, wie wir miteinander umgehen, wir sind beispielgebend für unsere Jugend, wie wir da umgehen.

Wenn wir auf der einen Seite ständig jammern und richtigerweise sagen unsere Jugend ist belastet von den neuen Medien, der Umgang und die Schimpfereien in den neuen Medien und die Belästigungen und die Fake News und das und alles stellt die jungen Menschen vor Herausforderungen, vor Probleme.

Ja, da müssen wir auch beispielgebend leben. Da müssen wir ihnen ein Beispiel sein. So es oft passiert, nicht faktenbasiert, irgendwas in den Raum zu werfen. Dinge, die nicht stimmen, Dinge, die nur dazu dienen, mein Gegenüber anzupatzen. Egal jetzt in welche Richtung. Da nehme ich jetzt niemanden aus.

Das kann doch nicht der Sinn einer burgenländischen Politik sein, eines Landes sein, das in Wirklichkeit seine Geschichte damit geschrieben hat, dass wir zusammenhalten, dass wir über viele Hürden springen, dass wir ein super und ein tolles Miteinander mit unseren Volksgruppen haben, dass wir immer auch dann, wenn es notwendig war und richtig war, hilfsbereit waren, dann, wenn wir gezeigt haben, wo wir - sei es jetzt bei den Ungarnaufständen und sonstigen historischen Momenten gezeigt haben, was ist das Burgenland imstande zu leisten, dass wir dann, wenn es den politischen Diskurs auch über schwierige Themen gibt, hergehen, und uns gegenseitig anpatzen, uns gegenseitig befelegeln, Unwahrheiten in den Raum stellen und eigentlich ein Beispiel eines politischen Diskurses abgeben, der seinesgleichen sucht.

Ich werde am Ende vielleicht nochmal darauf zu sprechen kommen, offensichtlich ist es auch notwendig, was es bis dato bei uns im Burgenland nicht gegeben hat, auch gesetzlich für eine gewisse Sauberkeit in der Politik zu sorgen.

Diese Gesetzesvorschläge werden wir diskutieren, diese Gesetzesvorschläge liegen dem Grunde nach schon auf dem Tisch. Ich werde sie am Ende dann noch kurz erwähnen und ich würde Sie bitten, sich diesen Diskussionen auch zu stellen und werde dann diese Gesetzesvorschläge, die hier geplant sind, auch in die jetzt am Beginn einer Legislaturperiode üblichen startenden Verfassungsgesprächen miteinbringen.

Aus meiner Sicht ist das ganz notwendig, die Politik muss Vorbild sein und die Politik muss, wenn es darum geht, für andere Verantwortung zu übernehmen, für andere diese delegierte Macht auszuüben, Entscheidungen zu treffen, für die Politik muss es hier strengere Maßstäbe geben, wie im normalen zwischenmenschlichen Setting, wie auch im öffentlichen Dienst, beispielsweise.

Das ist mir ein besonderes Anliegen, weil ich glaube, und das hat auch die letzte Periode gezeigt, ohne jetzt auf eine bestimmte Situation, ohne jetzt auf eine bestimmte Partei da irgendwo Einfluss zu nehmen oder Bezug zu nehmen, die Menschen wollen das nicht.

Die Menschen wollen diesen Streit, diesen Streit unter der Gürtellinie, dieses gegenseitige Beflegeln, das wollen die Menschen nicht. Die Menschen sehen sehr wohl, wo es die Unterschiede der politischen Parteien gibt. Die Menschen sehen sehr wohl, wofür wir stehen, was wir machen. Man kann über Inhalte diskutieren, ist das richtig, ist das falsch, was auch immer, aber die Menschen wollen diesen Streit nicht.

Das sieht man, wenn man bei uns in den Ortschaften tätig ist, wenn man in den Vereinen verhaftet ist, wenn man dort im Kleinen für die Gemeinschaft tätig ist und das sieht man auch, ganz speziell, und das haben die letzten Wahlen deutlich gezeigt, das sieht man auch auf Landesebene, wenn man auf Landesebene Verantwortung übernimmt.

Daher bin ich froh, dass dieses Regierungsübereinkommen dieser Art und Weise zustande gekommen ist. Nicht nur der Inhalte wegen, die ich kurz skizzieren darf, sondern auch wirklich deshalb, weil mit den GRÜNEN ein Partner gefunden wurde, der auf Augenhöhe mit uns diese fünf Jahre gestalten wird, und wo es nicht darum geht, wie es halt immer so ist, wir merken das schon auch bei den ersten Medienanfragen, es geht nicht darum, das ist dein Punkt, das ist dein Punkt, dort hat sich der durchgesetzt, hat sich der durchgesetzt, warum ist der Punkt nicht drinnen, was habe ich früher gesagt, was ist da gesagt worden - nein, wir haben ein Regierungsprogramm gemeinsam auf den Tisch gelegt, wo jeder Partner dieses Regierungsprogrammes zu 100 Prozent hinter jedem Punkt steht.

Da wird nicht geteilt, da wird nicht gesplittet, das ist dies, das ist jenes, sondern das ist zu 100 Prozent in allen Facetten, in allen Punkten ein Regierungsprogramm der beiden Koalitionspartner. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir dieses Regierungsprogramm unter die Attribute „Zusammenhalt“ beispielsweise gestellt haben, dann ist mir wichtig, dass wir dem im Großen, wenn wir darüber reden, immer vor uns hertragen und wir haben eine Verantwortung unserer Bevölkerung gegenüber. Ja, wir haben darüber hinaus eine generationsübergreifende Verantwortung unserer Bevölkerung gegenüber.

Wir haben die Verantwortung, dass die ältere Generation so alt werden kann und so bei uns im Burgenland leben kann, dass wir wirklich mit gutem Recht sagen können, das ist menschenwürdig, das passt, und wir haben auch eine Verantwortung, und das ist auch verbunden mit einer gewissen Dankbarkeit, weil diese Generation hat uns unser Burgenland aufgebaut.

Wenn wir Verantwortung leben wollen, dann müssen wir auch die nächste Generation, und das sind die Jugendlichen, das sind die Kinder, darauf vorbereiten, dass sie dieses Heimatland genauso weiterpflegen und diese Aufgabe genauso weiterübernehmen werden, genauso in diesem Interesse des Zusammenhalts, des generationsübergreifenden Zusammenhalts, weil das wird die Generation sein, die dann auf uns aufpassen muss, wenn wir alt werden.

Und daher bin ich wirklich froh, dass es gelungen ist, beispielsweise die Gesundheitsoffensive, die wir schon eingeleitet haben, ganz speziell auch weiterzufahren.

Wir wissen, ich sage das an diesem Punkt noch einmal ganz klar und deutlich, dass diese Gesundheitsoffensive, die weit über das normal finanzierte, fondsfinanzierte Gesundheitswesen hinausgeht.

Wir müssen hier vom Budget zuschießen, mit Sicherheit im höheren, zweistelligen Millionenbereich für die nächsten Jahre, aber da ist eine Strategie dahinter.

Und die Strategie lautet am Ende des Tages in dieser, ich habe sie nicht erfunden, aber trotzdem in dieser Gastpatientensystematik positiv zu bilanzieren. Das ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass wir dann auch Geld wieder bekommen seitens des Bundes und seitens der ÖGK.

Wenn die Gastpatientenregelung, wovon ich ausgehe, hinterfragt wird, sondern, das ist ganz einfach auch den Bedürfnissen der Bevölkerung geschuldet, dass wir qualitativ und quantitativ entsprechend beste medizinische Versorgung im Burgenland anbieten können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das bedeutet im Konkreten der weitere Ausbau der Kompetenzen der Spitäler an allen Standorten. Ich könnte jetzt alle Standorte mit dem medizinischen Spektrum aufzählen. Das bedeutet aber auch, wo wir uns auch vereinbart haben, den Bau des Krankenhauses Gols.

Und das bedeutet, und auf das bin ich besonders stolz, weil wir gesehen haben, dass wir, wenn wir abhängig sind von Ausbildungsmöglichkeiten, das haben wir historisch schon lange gesehen im Bereich der, beispielsweise Physiotherapie, haben wir dann ins Burgenland geholt zu unseren Fachhochschulen.

Wir haben gesehen, wir haben Defizite beispielsweise in der Vergangenheit gehabt im Bereich der Hebammen, haben wir ins Burgenland geholt und werden bei uns ausgebildet.

Wir haben gesehen, es gibt Defizite im Bereich der medizinischen Nebenberufe, wenn ich das so sagen darf, beispielsweise der BA, beginnen wir jetzt an der Fachhochschule und bilden wir selbständig aus. Und wir haben gesehen, und das sieht ganz Österreich eindrucksvoll gegenwärtig, wir haben ein Riesen-Ärzteproblem.

Mich hat das schon immer verwundert bei allen Koalitionsverhandlungen des letzten halben Jahres auf Bundesebene, kein einziges Wort über medizinische Versorgung, kein einziges Wort über den Faktor „wie lange brauche ich, dass ich ein CT bekomme?“, „wie lange brauche ich, dass ich ein MRT bekomme?“

Warum diese Dichte an Wahlärzten, warum wenige Kassenärzte, warum wird der private Patient, der krankenversichert ist, in die Wahlarztsystematik gedrängt? Warum muss er da mitfinanzieren und was sind die Gegenmaßnahmen? Kein einziges Wort in diesen ganzen Koalitionsverhandlungen der letzten sechs, sieben Monate, wie lange ist das jetzt schon her? Wir haben gesagt, wir nehmen dort Möglichkeiten für uns in Anspruch.

Das ist nicht unsere Kernkompetenz, Arztordinationen höchstwahrscheinlich zu bespielen. Es ist nicht unsere Kernkompetenz, eine medizinische Universität am Ende des Tages zu betreiben, als Privatuniversität.

Aber es ist für uns das letzte Mittel und der letzte Ausweg, dass wir für die medizinische Versorgung auf diesem Niveau, wie sich die Bevölkerung das verdient hat, gewährleisten können.



Und daher bin ich stolz, dass es in diesem Bereich gelungen ist, zu vereinbaren, wir gründen diese medizinische Universität, die ersten Schritte werden organisatorisch gegenwärtig gemacht. Und dann geht es mit Hochdruck in die Akkreditierung, in die Zertifizierung. Das wird eine Riesenherausforderung, das wird zwei, drei Jahre in Anspruch nehmen, dessen bin ich mir bewusst.

Das macht man nicht von heute auf morgen, eine Universität auf die Beine zu stellen, aber am Ende des Tages werden wir im Segment Gesundheitsversorgung eine Modellregion, eine Vorzeigeregion sein, weil wir von der Pflege bis zu den Ärzten alles selber ausbilden werden.

Weil wir, wie auch jetzt schon, vollbesetzt sind. Wir sind in den Spitälern, in der Pflege vollbesetzt. Wir sind mittlerweile im medizinischen Bereich vollbesetzt in den Spitälern.

Wir haben im heurigen Jahr zusätzliche 40 Planstellen an Spitalsärzten genehmigt. Das ist der Aufwuchs an Qualität und Quantität und um das nachhaltig sicherzustellen und um den niedergelassenen Bereich zu kompensieren, der schwächelt, der gewaltig schwächelt im Kassenbereich, brauchen wir diese Schritte und diese Maßnahmen, brauchen wir im Burgenland eine private medizinische Universität. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der zweite Punkt, der mir persönlich auch sehr wichtig ist, ist der ganze Bereich der Pflege. Ich höre jetzt schon die Rufe, ich möchte, weil sie so plakativ sind und weil sie aktuell sind und weil sie ein bisschen hineinspielen in das Thema, was ich anfangs gesagt habe. Ich will schon bitten, seriöserweise darüber zu diskutieren, was machen wir eigentlich in der Pflege?

Wir haben in der Pflege mit der ersten Maßnahme zu Hause begonnen. Was passiert denn zu Hause? Und das ist schon lange her, das war in der letzten Legislaturperiode am Beginn, hinzuschauen, den pflegenden Angehörigen zu etablieren, der über den Status des Angehörigen hinaus erweitert wird.

Wir müssen dorthin schauen, denn einfach nur dort reinzufördern und dann passiert irgendetwas privat ohne sozialversicherungsrechtliche Absicherung, ist aus meiner Sicht nicht tragbar und auch nicht verantwortbar, weil die Pflege, das Kümmern und die Verantwortung zu übernehmen und prekäre Situationen zu bewältigen, und das sind keine einfachen Situationen, wenn man tagtäglich rund um die Uhr jeden Tag die Woche Verantwortung hat für einen Angehörigen.

Dort dann wegzuschauen und sagen, okay, bekommst eh 500 Euro Förderung oder bekommst eh die Förderung, das ist nicht die öffentliche Verantwortung, die ich wahrnehmen will. Und daher haben wir diese Möglichkeit, kein Zwang, als Möglichkeit der Betreuungsform angeboten, etabliert, diese pflegenden Angehörigen anzunehmen.

Wir gehen jetzt in den Mittelbau der Pflege und der Mittelbau der Pflege bedeutet, dass wir beginnen, die Pflegestützpunkte jetzt zu realisieren.

Wir haben ganz klar gesagt, wir wollen in jeder Gemeinde eine Pflegeeinheit haben für die ältere Generation. Und bei aller Liebe und bei aller Diskussion, und da verstehe ich die Polemik dahinter nicht.

Ich will nicht über „Parkbänke“ diskutieren, das ist, wenn es darum geht, dass die Menschen versorgt werden, dass sie gepflegt werden, nicht angebracht. Ich brauche diese Polemik in dieser Diskussion nicht. Da geht es ja um etwas.

Und wenn man sich dieses Konzept des Mittelbaues anschaut, dann wird das am Ende des Tages bedeuten, dass wir bei diesen originären Stützpunkten anbieten werden,

dass sogar bis Pflegestufe 4 rund um die Uhr betreut wird. Das gibt es in ganz Österreich nirgends. Dass man zu Hause bleiben kann, in seiner Gemeinde bleiben kann, wenn man Pflege braucht und eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung braucht.

Und dann, in den restlichen Gemeinden werden wir die Basisversorgung über ein nicht betreubares, sondern echtes betreutes Wohnen, kombiniert mit den Elementen, einzelnen Elementen der Tagesheimstätten, insbesondere des Dorfplatzes, dort anbieten. Und das ist weit mehr wie eine „Parkbank“.

Das kann der soziale Treffpunkt werden, dort wird vieles stattfinden. Dort werden die Gemeinden, die Vereine eingeladen, auch soziale Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung, zwischenmenschliche Verantwortung zu übernehmen.

Das wird das Zentrum werden in der Zukunft, wo möglicherweise Essen auf Rädern stattfindet, wo wir die Bevölkerung von Nord bis Süd in jeder Gemeinde in der gleichen Art und Weise und Qualität versorgen können. Das ist die Vision und das sind die Entwicklungen und das ist diese Periode, wo wir dieses Modell im „Mittelbau der Pflege“ umsetzen wollen.

Ja, natürlich ist auch notwendig, wenn man derart intensiv auftritt, wenn man das derart intensiv in die Fläche verbreitet, und Pflege nicht nur in den einzelnen Pflegeheimen dezentral sieht, müssen wir uns natürlich Gedanken machen, wie wird das organisiert? Wie wird das finanziert?

Und der erste Aspekt in der kompletten Pflege, der echten Gemeinnützigkeit ist nicht mehr wegzudiskutieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und diese echte Gemeinnützigkeit werden wir brauchen, diese echte Gemeinnützigkeit, die für mich bedeutet, dass jeder Cent in die Pflege gehen muss, nicht in die Dividende gehen muss. Dass diese Konstrukte, die es dahinter gibt, wir haben es ja miterlebt in Bernstein, in Sauerbrunn bis zu einem gewissen Grad.

Dass man doppelte Konstruktionen wählt über Betrieb- und Besitzgesellschaften, damit man Mieten oder andere Leistungen, die Besitzgesellschaften rauszahlen kann, damit man Dividende rauszieht, im originären Betrieb ist man gemeinnützig. Die Dividende findet in der Besitzgesellschaft statt. Das sind ja alles Konstrukte, die dazu führen, dass aus diesem öffentlichen Segment Pflege Geld herausgezogen wird. Geld rausgezogen wird, dass irgendwer Gewinne macht.

Wir sehen das am besten, und das ist das gleiche System, ist kein anderes System, das ist das gleiche System, wir sehen es bei der VAMED. Die VAMED hat in Österreich höchstwahrscheinlich, weiß ich nicht, 18, 19, 20 Rehasentren betrieben.

Die Rehasentren werden bezahlt über Tagsätze, werden genauso über Tagsätze bezahlt wie die Pflegeheime. Diese Tagessätze führen in der Regel dazu, dass Gewinne gemacht werden, ich weiß, wovon ich rede.

Und warum kauft dann ein französischer Konzern und übernimmt ein französischer Konzern diese 18, 19 österreichischen Rehasentren von der VAMED? Ja nicht, weil er gemeinnützig bei uns und samariterisch bei uns tätig werden will, sondern weil er Gewinne machen will. Und der wird sich das System angeschaut haben, der wird das wirtschaftlich beurteilt haben. Und er hat gesagt, gut, okay, wir nehmen das. Da gibt es statische Gewinne, garantiert vom Staat, garantiert von den Sozialversicherungsträgern.

Und unsere Vertreter sitzen in den Sozialversicherungsträgern, die Sozialpartner. Ich sage das auch ganz deutlich, weil mich das so ärgert und da schauen wir dann zu, wie

die Gelder der Pensionsversicherung, der Sozialversicherung eins zu eins transferiert werden nach Paris. Das ist nicht unsere Linie.

Auf Bundesebene werden wir es nicht ändern können, aber im Burgenland werden wir das nicht tolerieren, dass finanzielle Mittel, und das sind Mittel der Steuerzahler, das sind Mittel der Bewohner, die einbehalten werden, für Gewinne ausgewiesen werden, das wird es nicht geben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir über Attribute Sicherheit reden, dieses Regierungsprogrammes, ja, dann setzen wir uns mit Themen auseinander, die sich natürlich mit Asyl und Migration auch beschäftigen.

Aber ich verwehre mich ständig dagegen, und ich habe das in der Vergangenheit auch immer gemacht, Asyl und Migration auf einer Ebene zu diskutieren. Und man sieht das aktuell, teilweise, wie es jetzt in Deutschland passiert.

Man sieht aber dann am Ende des Tages auch die Effekte der Wahl, was so eine Diskussion hat und man kann sich eh auch selbst kritisch hinterfragen, will man diese Effekte einer Wahl haben, wenn man die Bevölkerung verunsichert, wenn man die Bevölkerung spaltet, und da gibt es ja verschiedenste Beispiele.

Oder ist man als Politik und Politiker auch reif genug, bei schwierigen Themen sich wirklich auszutauschen, wirklich inhaltliche Argumente auszutauschen und zu sagen, okay, dafür bin ich nicht und dafür bin ich. Ist man reif genug zu sehen, wie tatsächlich eine Lösung in der Migrationspolitik passieren könnte?

Das, was die Deutschen jetzt diskutieren, da sagt man auch die Grenzen zu, wissen wir mit österreichischen Erfahrungen der letzten Jahre schon lange, dass das nicht geht. Weil irgendwer hat in der Vergangenheit den Balkan geschlossen und auch der war nicht offen. Das war höchstwahrscheinlich eine Tür mit vielen Flügeln, und es hat hinten und vorne nicht funktioniert.

Das heißt, diese Art der Politik über Themen zu bespielen, die sehr stark geneigt sind zu polarisieren, die sehr stark auch dazu dienen, eine hitzige Debatte in der Bevölkerung zu verursachen, das ist nicht unser Weg.

Das war auch nicht der Weg des Burgenlandes der letzten 100 Jahre, sondern unser Weg ist auf klaren rechtsstreitigen Möglichkeiten, die wir natürlich ausloten müssen, die wir natürlich auch beschließen müssen, und die es teilweise auf Bundesebene auch gibt. Ein System zu schaffen, wo wir berechtigterweise sagen, auf der einen Seite es gibt eine Holschuld, es gibt eine Bringschuld, das Leben ist keine Einbahnstraße, wo wir auf der anderen Seite aber auch sagen, es braucht auch eine vernünftige Integration.

Und wenn ich heute, das sei plakativ an dieser Stelle gesagt, wenn ich heute darüber diskutieren muss, allen Ernstes, ob ich für 40 Euro im Monat, das ist das Taschengeld, was beispielsweise grundversorgende vollversorgte Asylwerber bekommen, ob ich für 40 Euro im Monat bundesweit eine riesige Ausschreibung, irgendwelche Zuschläge gibt es ja in diesem Segment schon, veranstalte, Kosten dort reinspielen, ob es dann eine Bezahlkarte gibt oder nicht Bezahlkarte gibt, für 40 Euro Taschengeld im Monat, das ist lächerlich. Das ist mehr als lächerlich.

Und wenn ich dann argumentiere und sehe, was damit gemeint ist, dass da Geld verschoben wird in irgendwelche Länder, dass da 40 Euro im Monat verschoben werden, das glaubt ja wohl keiner, selbst der das irgendwo erzählt und irgendwo glaubt, der Bevölkerung muss man das jetzt so mitgeben.

Da würde ich auch in diesen - sehr sensiblen, gebe ich zu - Fragen bitten, wirklich mit Fakten zu diskutieren, nicht mit Ängsten zu diskutieren, sondern mit Fakten und Tatsachen zu diskutieren. Das war in der Vergangenheit der burgenländische Weg und ich hoffe, dass das auch in Zukunft der burgenländische Weg sein wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir als zusätzliches Attribut an Nachhaltigkeit veranschlagen und vereinnahmen für dieses Regierungsprogramm, dann ist es nicht nur wichtig, dass wir das Burgenland für die nächsten Generationen zukunftsfit machen, dass wir die Weichenstellungen nicht nur für den Moment, sondern wirklich für die nächsten Jahre und Jahrzehnte machen.

Es ist auch wichtig, aus meiner Sicht, dass diese nachhaltig auch stabilisiert wird. Und daher bin ich fest davon überzeugt, dass dieses nachhaltige Agieren, und wir sind auf bestem Wege, man braucht sich nur die Kennzahlen anschauen, man braucht nur Vergleiche herbeiziehen, und auch da bitte ich um eine faire Diskussion.

Man braucht sich die Entwicklung anderer Länder anschauen, man braucht sich die Entwicklung des Bundes anschauen, unsere Budgetzahlen beispielsweise liegen offen, werden vom Burgenländischen Landtag beschlossen. Unsere Schuldendienste, unsere Darlehen liegen offen, werden vom Burgenländischen Landtag am Ende des Tages durch das Budget beschlossen.

Diese Diskussion offen zu führen, ehrlich zu führen und es ist unsere Verantwortung, all das, was wir inhaltlich machen, all das, was wir umsetzen wollen, dass das auch finanziell langfristig budgetär abgesichert ist. Das ist unsere Verantwortung und daran wollen wir auch gemessen werden. Aus meiner Sicht auch ein ganz ein wesentlicher Punkt.

Damit aber das alles gelingt, es ist nicht nur der Appell an dieser Stelle, an eine vernünftige Zusammenarbeit hier im Haus aus meiner Sicht wichtig, sondern wir müssen natürlich in die Gesellschaft rein- und rausgehen.

Wir müssen natürlich - und das ist auch unsere ausgestreckte Hand - mit anderen Organisationen die Zusammenarbeit suchen, so wie wir es in der Vergangenheit auch gemacht haben und versucht haben. Für mich wichtige Ansprechpartner in diesem Bereich ist die Wirtschaftskammer, ist die Landwirtschaftskammer, sind, sage ich auch ganz offen, unsere Kirchen, hier entsprechend unserer Tradition, unserer Werte eine sehr gute Zusammenarbeit zu pflegen.

Mir ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, beispielsweise sei jetzt genannt, auch insofern wichtig, weil wir auch versuchen werden, in diesem Segment auch ein neues Denken einziehen zu lassen, in diesem Segment, wenn es um die Ausbildung unserer jungen Leute geht.

Wir haben im Regierungsübereinkommen beispielsweise auch verankert, dass wir Lehrwerkstätten etablieren wollen. Das sind jetzt keine - oder gedacht - keine herkömmlichen Lehrwerkstätten wie man vielleicht meinen würde, sondern ich glaube, es gibt berechtigterweise, wenn wir länger darüber diskutieren, sicherlich berechnete Kritik am Ausbildungssystem, wenn es darum geht, Übergang Mittelschule, Polytechnikum, Lehre, um diese Dinge.

Und da ist unser Zugang, versuchen wir doch, und das wird ein Projekt gemeinsam mit dem Bildungsdirektor, mit der Wirtschaftskammer und mit dem Bildungsministerium sein müssen, ja, wir sind bereit, hier in Vorleistung zu gehen und Lehrwerkstätten zu etablieren.

Wenn aber dahinterliegend eine vernünftige Ausbildung stattfindet, eine Lehrwerkstätte sollte nicht gedacht werden, um Menschen auch aufzufangen, aber sollte gedacht werden, unsere Fachkräfte der Zukunft auszubilden.

Und die Ausbildung der Fachkräfte der Zukunft bedeutet für mich, dass wir überdenken müssen, passt das Segment Polytechnikum in diesem Zusammenhang noch? Oder können wir diese neunte Schulstufe auch der Stundentafel entsprechend in das System der Lehrwerkstätte Neu überführen, sodass hier eine kombinierte theoretische und praktische Ausbildung in Kooperation mit dem Unternehmen stattfinden kann.

Da ist auch groß die Frage, wo positionieren wir diese Lehrwerkstätten? Zwei sind ja schon definiert, die Dritte ist für den Norden angedacht. Welche Arbeitskräfte brauchen wir? Wir müssen - und das sind wir vielleicht so lange schuldig geblieben, wir müssen auf die komplette und gesamtheitliche Ausbildung unserer Jugend schauen. Wir haben sehr viel dazu beigetragen, dass das schulische System funktioniert, wir haben tolle Quoten in diesem Segment, wir müssen sehr viel dazu beitragen, dass die Ausbildung der Facharbeiter forciert wird.

Der Facharbeiter von morgen wird das System mittragen und wird verantwortlich sein, dass es Unternehmen gibt, wird vielleicht selbst Unternehmer, und wird dazu beitragen, das sehen wir jetzt in der ganzen Finanzierungsdiskussion des Staates, dass am Ende dieses System der Wirtschaft, der Arbeitnehmerseite, das sozialpartnerische System historisch gedacht, auch funktioniert und die öffentliche Hand auch finanziert werden kann.

Und da komme ich zum letzten Punkt meiner Regierungserklärung: Mir ist auch bewusst, mir ist wirklich bewusst, wir schauen uns das fast in jeder Gemeinde an, wie wichtig es ist, dass die Gemeinden funktionieren.

Mir ist auch die Rollenverteilung bewusst. Die Rollenverteilung, die dahingehend eine ist, dass die Städte und die Gemeinden ihren Part im Finanzausgleich haben, dass die Städte und Gemeinden auch ihre Verantwortung im Finanzausgleich haben, dass dieser Part auch wahrgenommen werden muss.

Es wird, so hoffe ich doch, jetzt in dieser Regierungskonstellation auf Bundesebene, die sich abzeichnen wird, auch stark darauf hoffentlich Bezug genommen werden, welche Unterstützung benötigen die Gemeinden und die Städte, und wir werden, und das ist einer der ersten Schritte, auch in den Diskurs noch einmal treten mit den Gemeinden- und Städtevertretern im Burgenland, welche Maßnahmen sind jetzt realistisch?

Welche strukturellen Maßnahmen können wir anbieten, können wir vertreten? Wie können wir den Gemeinden hier das Leben leichter machen? Wie können wir auch das finanzielle Überleben so mancher Gemeinden, bei denen es sicher schwierig ist, sicherstellen?

Mein persönlicher Zugang ist, dass wir gewisse historische Dinge, die nicht passiert sind, nochmal zumindest auf den Tisch legen sollten und darum diskutieren sollten, weil es, glaube ich, mehr Sinn macht, nicht darüber zu reden, wieviel Geld da ad hoc mit der Gießkanne irgendwo verteilt werden oder verteilt wird, sondern weil es wirklich Sinn machen würde, über eine ordentliche strukturelle Entlastung bei den Gemeinden zu sorgen. Dass wir ein Angebot nehmen, und auch in diesem Punkt möchte ich ersuchen, das partnerschaftlich zu diskutieren.

Ich glaube, am Beginn einer Legislaturperiode ist es der richtige Zeitpunkt, auch das inhaltlich oder eher inhaltlich zu beurteilen, und nicht zu sehr politisch zu beurteilen, und darum möchte ich natürlich alle Fraktionen ersuchen.

Der letzte Punkt, den ich - und so schießt sich der Kreis - noch ansprechen will, ist, dass es mir persönlich ein Anliegen ist, und ich gehe davon aus, es muss und sollte jedem Politiker in diesem Land ein Anliegen sein, dass es in der Politik Verlässlichkeit und eine gewisse Sauberkeit geben muss.

Und ich habe gesehen, dass es auf Bundesebene Rahmenbedingungen gibt. Diese Rahmenbedingungen gesetzlicher Natur, wie es halt so ist im Leben, hat sich die Politik selber gegeben. Und ich bin mit diesen Rahmenbedingungen per se überhaupt nicht einverstanden.

Die Rahmenbedingungen auf Bundesebene, die durchwirken auch auf die Landesebene, wir haben da eine Bindungswirkung Richtung Land. Bedeuten beispielsweise, dass ein Politiker seines Amtes verlustig wird, wenn er sechs Monate unbedingte verurteilt wird oder mehr als sechs Monate, oder wenn er zumindest für zwölf Monate bedingt verurteilt wird.

Das kann ja nicht die Realität sein. Es kann ja nicht sein, wenn wir aktuell - ohne Namen zu nennen - die Diskussion derzeit mitverfolgen, dass es Politiker gibt, wo eine Anklage auf dem Tisch liegt, wohlgemerkt noch nicht rechtskräftig, und dann wird darüber im öffentlichen Diskurs einen Tag darüber diskutiert, und es gibt auch kritische Stimmen aus dieser eigenen Partei, ob es einen Rücktritt gibt oder nicht. Und es gibt ganz einfach keinen Rücktritt und am dritten Tag danach ist alles wieder bei der Tagesordnung, üblich, normal, es geht alles normal weiter, es regt sich keiner auf.

Wir verkommen da ja in unserer Wahrnehmung. Was denken sich denn die Leute von uns, wenn wir auf der einen Seite für sie korrekte, verlässliche, glaubwürdige Politik machen sollen? Das sind die Ansprüche, und auf der anderen Seite stehen wir vor dem Richter und werden vielleicht verurteilt und sagen, na gut, das war nicht so gemeint, der Richter kennt sich nicht aus, ich mache wieder weiter.

Oder ich bin eh unschuldig, obwohl er verurteilt wird. Wir zweifeln und untergraben ja da die Rechtsstaatlichkeit, wir untergraben da ja jeden Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit eines Gerichtes.

Daher bin ich der Meinung, wir können das verfassungsrechtlich natürlich nicht ändern, was der Bund vorgibt uns gegenüber, aber ich bin persönlich der Meinung, dass wir eines schon können, dass wir, sofern sich ein Politiker des Hauses, des Landes, wie auch immer, das wird man definieren im Gesetz, damit auseinandersetzen muss, dass eine Anklageschrift rechtskräftig ist und dann ist man schon sehr weit.

Dann hat es Ermittlungsverfahren gegeben, da war man Beschuldigter, dann ist man Angeklagter, da steht man dann unmittelbar mit einer hohen Wahrscheinlichkeit natürlich vor einer Verurteilung, dann ruht das Amt.

Da muss die politische Funktion ruhen, wir können sie nicht verlustig machen, aber dann wird sie ruhen müssen, das wird unser Gesetzesvorschlag sein, um damit schlussendlich auch zu bewirken, dass ein Druck erzeugt wird. Ich sage das wirklich auch ganz offen und bewusst, ein Druck erzeugt wird, auch zurückzutreten.

Der zweite Punkt, den ich eigentlich gar nicht geglaubt habe, dass man den auch gesetzlich regeln sollte und regeln müsste, ist auch eine gewisse Sauberkeit, wenn es um die Frage geht, wie gehen wir mit Steuergeldern um?

Also ich war jetzt ein bisschen überrascht bei der Diskussion der letzten Wochen, dass das eigentlich auch alles so zur Kenntnis genommen wird. Wir verwalten in den Parteien, wir verwalten im Klub öffentliche Gelder, das sind Steuergelder.

Und wir werden gesetzlich definieren und gesetzlich verhindern, auch wenn es so deklarativ und vielleicht eh selbstverständlich ist, dass derartige Gelder, die der Steuerzahler uns zur Verfügung stellt, zur Verfügung stellt für die Ausübung unseres Amtes, zur Verfügung stellt auch die verfassungsmäßigen Grundsätze einer Partei, einer Werbung, einer Meinungsbildung, einer der Meinungsfreiheit folgend umzusetzen, dass diese Gelder für private Zwecke nicht genutzt werden dürfen. Da gibt es verschiedenste Facetten und die tollsten Ideen.

In der Diskussion der letzten Wochen bin ich darauf gekommen, was es da alles für Ideen gäbe, wie man da auch privat solche Gelder nutzen könnte und daher wollen wir auch gesetzlich klarstellen, dass es hier einen Schranken gibt, einen klaren Schranken, wo unterschieden wird, das ist Steuergeld, was ja für mich eigentlich selbstverständlich wäre. Offensichtlich brauchen wir hier im Burgenländischen Landtag diese Klarstellung. Und was ist meine private Kassa. Das darf man nicht vermischen.

Da gibt es nur einen Transfer aus dem öffentlichen Sektor in den privaten Sektor und das ist der Transfer, wenn der Gehalt angewiesen wird. Sonst gibt es keinen Transfer. Und das muss man offensichtlich auch hier klarstellen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Das bedeutet, dass etliche Dinge, die ich vielleicht im Kleinen jetzt angerissen habe, aber auch Verfassungsfragen, die sich stellen, die sich automatisch stellen, in den nächsten Tagen, in den nächsten Wochen, auf alle Fraktionen zukommen werden, dass wir Verfassungsgespräche führen müssen, führen werden, wie es üblich ist. Sie sollen vielleicht beispielgebend sein für die Arbeit des Landtages während der Periode.

Wir werden Bedacht darauf nehmen, dass wir Gesetzesvorhaben früh genug, vertretbar genug, ich weiß, es ist nie zu früh, auch in den Diskurs mit den politischen Mitbewerbern stellen werden, dass wir Dinge darlegen, erklären werden, versuchen werden, unsere Sicht der Dinge darzustellen und dass die Parteiengespräche zu allen Materiengesetzen auch stattfinden werden.

Das ist unser Angebot, diesen offenen Diskurs zu führen und auch die Bitte, hier in diesem Haus bei Fakten und Tatsachen zu bleiben und hier nicht Märchen zu erzählen. Das wäre mir ein besonderes Anliegen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die nächste Periode ein gutes Gelingen. Es wird die Periode sein, wo viele Weichenstellungen stattfinden werden, Gesundheitssektor, Pflegesektor et cetera. Und es wird die Periode sein, wo dann die nächste Generation von diesen Weichenstellungen auch profitieren wird. In diesem Sinne herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Danke Herr Landeshauptmann. Als erste Rednerin in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich von der Regierungsbank Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner das Wort.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner (GRÜNE):** Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag! Liebe Gäste und Damen und Herren zuhause vor den Bildschirmen!

Ja, wenn sich eine neue Regierung bildet, dann stellt sich zuerst die Frage, wozu? Was sind die Ziele dieser Regierung? Was möchte sie für die kommende Regierungsperiode auch erreichen? Was braucht das Burgenland in den nächsten Jahren und was brauchen die Menschen im Burgenland in den nächsten Jahren?

Meine persönliche Antwort drauf ist eine ganz einfache und auch der Herr Landeshauptmann hat es in seiner Rede schon enthalten gehabt. Die Menschen möchten, dass man was „hackelt“ fürs Land. Dass man zusammenarbeitet, und zwar ohne das Hickhack zwischen den Parteien. Und gerade im Burgenland, glaube ich, ist es den Menschen besonders wichtig.

Die Haltungen in den Gesprächen mit der SPÖ war spürbar eine offene, wertschätzende, eine konstruktive Diskussion, wo immer die Sache im Vordergrund stand. Und es ging und es geht nicht darum, wer hier gewinnt oder verliert, sondern es geht darum, was bringen wir weiter für das Burgenland und für die burgenländische Bevölkerung. Ein Credo von mir ist und war schon lange, dass, was wir uns vorstellen können, das können wir auch erreichen.

Also anders gesagt, aus einer Vision wird Realität, durch eine konstruktive aber immer auch mutige Politik, wo wir stets den Blick auf das Wohl der Burgenländerinnen und Burgenländer haben. Das Burgenland, das ich mir vorstellen kann, das ich verwirklichen möchte, ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Burgenland. Das ist ein sozial gerechtes Burgenland und es ist natürlich, wenig überraschend auch, ein ökologisch verantwortungsbewusstes Burgenland.

Denn - da brauchen wir uns nichts vormachen - es braucht all diese Aspekte und noch viele mehr. Es braucht die Wirtschaft. Es braucht das Soziale und es braucht auch die Ökologie, um in eine gute Zukunft zu gehen.

Und nicht ohne Grund steht deshalb am Titel unseres Regierungsprogramms „Zusammenhalt. Sicherheit. Nachhaltigkeit.“ Der Zukunftsplan 2030 bietet auf 135 Seiten viele, viele Projekte, wo wir uns Fragen gestellt haben, in ganz zentralen Bereichen für die Burgenländer und Burgenländerinnen etwas zu verbessern. Und zwar für jeden Einzelnen wird das spürbar werden.

UnternehmerInnen zum Beispiel werden davon profitieren, dass wir das Burgenland als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger, zukunftsfähiger und attraktiver machen durch gezieltes Standortmarketing, durch eine aktive Wirtschaftspolitik und transparente Förderkriterien.

Ich war schon fast Jahrzehnte Unternehmerin. Ich war viele Jahre Sprecherin der Grünen Wirtschaft. Ich habe mit ganz vielen kleinen, aber auch großen Betrieben gesprochen. Ich habe sie besucht.

Diese Anliegen nehme ich mit auch in meine politische Tätigkeit und ich glaube, dieses „gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und mit den anderen Kammern zu gehen“, das ist uns ganz wichtig auch als Landesregierung, weil, es geht einfach nur gemeinsam.

Den UnternehmerInnen werden wir eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur zur Verfügung stellen. Wir verstärken die Forschung in vielen Schlüsselbereichen, wie der digitalen Transformation, der grünen Transformation und natürlich auch in der Gesundheit. Das ist ein sehr wichtiges Thema, das der Herr Landeshauptmann vorher schon angesprochen hat.



Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer wird ein Internationalisierungszentrum Burgenland errichtet, die Unternehmen, die burgenländischen Unternehmen dabei unterstützen am internationalen Markt auch erfolgreich zu werden.

Ich war viele Jahre in der Arbeitsmarktpolitik tätig und auch da habe ich viele Menschen kennengelernt, die arbeiten wollen, aber aus verschiedenen Gründen sich schwer tun damit, einen passenden Arbeitsplatz zu finden. Vielleicht weil sie nicht die Qualifikation haben, die es jetzt im Moment braucht in der Wirtschaft. Vielleicht aber auch, weil sie gesundheitliche Einschränkungen haben oder andere Probleme in ihrem familiären und persönlichen Umfeld haben, wo es eine herausfordernde Lebenssituation gibt.

Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir für diese Menschen Lösungen schaffen, Qualifizierungsmaßnahmen, sozialökonomische Betriebe weiter stärken. Aber dazu gehört auch, dass junge Menschen Arbeit finden, weil gerade in den späten Teenagerjahren, da wird der Grundstein dafür gelegt für die gesamte berufliche Karriere und für den Lebensverdienst.

Und da sind die überbetrieblichen Lehrwerkstätten, zu denen der Herr Landeshauptmann vorher schon einiges gesagt hat, eine wirklich gute Chance, dass junge Menschen eine Ausbildung erhalten.

Nämlich auch in zukunftsfähigen Branchen. Unser Ziel ist, wir wollen die Arbeitslosigkeit senken und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, natürlich immer Hand in Hand mit der Wirtschaft, schaffen.

Als Frau im Burgenland ist mir die Frauenpolitik ein großes Anliegen. Da haben wir häufig noch mit einem relativ traditionellen Frauenbild zu tun. Und es geht ziemlich langsam, dass sich hier etwas verändert. Und da wollen wir im eigenen Wirkungsbereich Frauen als Führungskräfte stärken, Frauen in Aufsichtsräte bringen.

Aber auch Frauenprojekte ausbauen, zum Beispiel das Projekt, wo ich lange Jahre tätig war, wo es darum geht, Frauen in die Selbstständigkeit zu bringen und zu unterstützen. Und dieses Projekt auch zu stärken und weiter fortzusetzen.

Was leider immer noch wichtig ist in der Frauenpolitik ist, dass wir uns um Frauen kümmern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Da haben wir zum Beispiel einen Ausbau der Übergangswohnungen geplant, aber auch das Projekt "StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt", damit man möglichst früh erkennt, wo gibt es Probleme und verhindert, dass sich die Gewalt in häuslichen Bereichen auch verfestigt.

Frauen in Notlagen, die sich einen Schwangerschaftsabbruch nicht leisten können, sollen finanzielle Unterstützung bekommen. Das ist meiner Meinung nach, meines Wissens nach, österreichweit einzigartig und ist enorm wichtig für Frauen, die es gerade wirklich besonders schwer haben.

Aber natürlich sind auch meine Bereiche, meine Ressorts im Regierungsprogramm stark vertreten. Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz, Bodenschutz, der Tierschutz, Konsumentenschutz, Dorferneuerung, Energie und Landwirtschaft.

Unmittelbar nach meinem Amtsantritt habe ich schon in Auftrag gegeben, dass wir ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Ich hoffe, wir können das auch noch im ersten halben Jahr hier im Landtag präsentieren und diskutieren. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Wir haben nämlich ein ganz ambitioniertes Ziel: Die Klimaneutralität bis 2030! Mit dem Klimaschutzgesetz kommen wir hier Schritt für Schritt und konsequent auf einen guten Pfad, um dieses Ziel auch zu erreichen.

Natürlich gehört auch dazu, dass wir Wind und Photovoltaik weiter ausbauen. Da wird die Pflicht auf größeren Gewerbebetrieben, auf den Dächern größerer Gewerbebetriebe Photovoltaikanlagen zu errichten, auf gewerblichen Parkplätzen Photovoltaik als Überdachung anzubieten, einen neuen Schub bringen. Und ja, das ist auch das, was sich die Menschen im Burgenland wünschen, das habe ich ganz oft gehört, Dächer vor Äcker und damit gehen wir diesen Weg.

Bodenschutz ist und war mir ein großes Anliegen. Intakte Böden sind gut fürs Klima. Sie schützen vor Hochwassern, sie helfen der Landwirtschaft. Auf gesunden Böden wachsen gesunde Nahrungsmittel für unsere Kinder. Das muss uns alles ein wichtiges Anliegen sein und dazu haben wir in unserem Zukunftsplan ganz viele Maßnahmen. Von einem Entsiegelungswettbewerb, Entsiegelungsprämie, aber auch eine Bodenschutzoffensive und all diese Maßnahmen, die werden uns diesen Zielen näherbringen.

Landwirte und Landwirtinnen sind wichtige Partner, wenn es um Klimaschutz geht, wenn es um Naturschutz geht, wenn es um Tierschutz geht. Aber auch da muss man sagen, es muss sich wirtschaftlich lohnen für die Betriebe. Und wenn wir mit diesem Ziel in diese Legislaturperiode gehen, dass die Bioquote von 40 auf 50 Prozent ausgeweitet werden soll, dann muss das natürlich mit Förderungen einhergehen.

Aber auch mit Verbesserungen der Wertschöpfungsketten, mit Bildung und mit Beratungsangeboten, und da suche ich den Kontakt mit der Landwirtschaftskammer und hoffe auch auf ein gutes Entgegenkommen, auf ein gutes Miteinander im Sinne der Burgenländer und Burgenländerinnen.

„Volksgruppen stärken. Vielfalt leben“ lautet eine Überschrift im Regierungsprogramm und diese Überschrift haben wir in allen vier Volksgruppensprachen auch hineingeschrieben.

Gestern sind hier im Saal die Special Olympics Teilnehmer - ich gender nicht, das sind nur Männer - verabschiedet worden und die Roma Band Romano Rath hat das musikalisch umrahmt und ich muss sagen, ich bin da immer ganz begeistert und gehe sehr mit bei dieser Musik, weil diese Vielfalt bereichert uns alle und die kann unsere Herzen öffnen.

Diese Vielfalt, vor allem in der Sprache, die wollen wir auch weiter stärken, indem Lehrmittel verstärkt verfügbar gemacht werden. Die Mehrsprachigkeit im Amtsbetrieb forciert werden soll und wenn die entsprechenden Gemeinden das wünschen, dass auch die Beschilderung von den Bushaltestellen der Verkehrsbetriebe in der jeweiligen Volksgruppensprache, die halt in der Gemeinde vertreten ist, auch als zweisprachig angeführt werden.

Ich könnte noch ganz viele Geschichten erzählen, was es für die Menschen bedeutet, ganz in ihrer unmittelbaren Lebensrealität, was wir in dieses Regierungsprogramm geschrieben haben. 135 Seiten wichtige Punkte und Projekte.

Manche Punkte sind ganz klar fixiert. Andere Punkte müssen erst sorgsam überprüft werden. Nicht alles wird am Ende genauso kommen, wie es jetzt im Programm steht. Wir haben vereinbart, dass wir zur Mitte der Periode auch noch einmal evaluieren und gegebenenfalls adaptieren. Weil ich finde das ist seriös, weil, ich finde manchmal

ändern sich Rahmenbedingungen. Vor fünf Jahren hat niemand damit gerechnet, dass Corona kommen wird in der Periode.

Und manchmal hat man einfach eine andere Informationslage in dieser Zeit. Und auch wenn wir mit einem großartigen Programm jetzt starten und ausgestattet sind, wir müssen flexibel und anpassungsfähig bleiben.

Ja, geschätzte Kollegen und Kolleginnen im Landtag! Zu Beginn einer Periode mache ich Ihnen noch einmal das Angebot, setzen wir uns zusammen, schauen wir, dass wir gemeinsam auch rechtzeitig Gesetze vorbereiten, die das Leben der Burgenländer und Burgenländerinnen verbessern. Das Angebot ist da und ich hoffe, wir kommen zusammen, weil, die Leute erwarten sich das auch. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Als nächster Redner hat sich Landtagsabgeordneter Klubobmann Wolfgang Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass in der Präsidialkonferenz eine freiwillige Redezeitbeschränkung von 15 Minuten pro Wortmeldung vereinbart wurde.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe RegierungsvertreterInnen, liebe ZuhörerInnen! Es freut mich, hier in einer neuen Rolle stehen zu dürfen vor Ihnen. Erstens einmal als Klubobmann und zweitens einmal als Teil einer Regierung. Ich denke, wer unsere Arbeit in den letzten Jahren beobachtet hat, hat bisher schon gesehen, dass wir einen sehr konstruktiven Zugang zur Politik haben, aber auch zur Regierungsarbeit.

Wir haben gelobt und geschätzt was gut läuft. Wir haben kritisiert was unserer Meinung nach nicht so gut läuft oder schlecht läuft. Positiv erwähnt sei da vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien, aber auch die Gesamtverkehrsstrategie Burgenland, die wir hier 2021 als einzige Oppositionspartei mitbeschlossen haben.

Jetzt können wir noch mehr mitgestalten, mitentscheiden. Das freut uns selbstverständlich und wir werden das auch ganz aktiv und kraftvoll angehen.

Wenn man den Zukunftsplan, also das Regierungsabkommen, ehrlich und gewissenhaft durchliest, dann wird man ganz klar die GRÜNE Handschrift erkennen, die sich drinnen findet.

Und deswegen verwundert es mich auch sehr, wenn die Opposition - konkret der Herr Kollege Hofer - jetzt schon dieses vermissen lässt, weil, ich frage mich, was er dann gelesen hat. Er hat ja auch rausgelesen, dass wir für Tempo 80 sind, das steht dort nicht einmal zwischen den Zeilen. *(Abg. Ing. Norbert Hofer: Oh doch!)* Ich bin gerne behilflich beim Lesen. *(Abg. Ing. Norbert Hofer: Oh doch!)*

Gerade beim Klimaschutz sieht man das ganz eindeutig. Die Klimastrategie des Landes gibt es ja schon länger. Die haben wir für gut befunden, aber sie war uns noch ein bisschen zu wenig konkret in der Umsetzung.

Deswegen - die Landeshauptmann-Stellvertreterin hat das gerade erwähnt - wird es in Zukunft ein Klimaschutzgesetz geben, das hier die Umsetzung klarmacht und auch gesetzlich festlegt.

Das Klimaschutzgesetz ist deswegen wichtig, weil es die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes direkt betrifft. Wir haben im vergangenen Jahr zweimal Hochwasserkatastrophen gehabt.

Wir müssen wirklich schauen - auch wenn Österreich ein kleines Land ist, wir sind Teil der EU - dass wir hier schauen, dass wir auf der einen Seite die Klimaemissionen reduzieren und natürlich auch Klimaanpassung betreiben. Das ist ganz wichtig.

Die GRÜNE Handschrift ist ganz klar zu erkennen. Man sieht das an der erneuerbaren Energie. Es sind Speicherlösungen drinnen, es ist auch - weil das schon kritisiert wurde - ein sogenanntes Pump-Speicherkraftwerk drinnen im Burgenland. (*Abg. Ing. Norbert Hofer: Aber privat, oder?*)

Das soll einmal evaluiert werden, (*Abg. Ing. Norbert Hofer: Privat?*) weil wir müssen unbedingt vielfache Lösungen finden in der erneuerbaren Energie. Die haben wir schon sehr stark ausgebaut, jetzt müssen wir schauen, dass wir gescheite Speicherlösungen herbringen. Und da reicht uns nicht eine Art der Speicherlösung, sondern da brauchen wir mehrere. (*Abg. Ing. Norbert Hofer: Ist das privat oder Regierung?*) Und deswegen schauen wir uns auch das an.

Und wir werden uns auch die Geothermie anschauen. Auch hier ist im Burgenland ein Potential vorhanden und wir werden uns anschauen, ob wir das nutzen und für das Burgenland brauchen können. (*Abg. Ing. Norbert Hofer: Die Sankt Martins Therme.*)

Die Entwicklung im Naturschutz ist auch wichtig. Natürlich ist es wichtig, bei allem Klimaschutz und bei allen Energieneulösungen auch auf den Naturschutz zu achten und natürlich werden gerade die GRÜNEN auch bei dem Pump-Speicherwerk ganz genau hinschauen, (*Abg. Ing. Norbert Hofer: Wie im Naturpark.*) dass das mit dem Naturschutz vereinbar ist. (*Abg. Ing. Norbert Hofer: So wie in Gols!*) Dass das funktioniert hat ja die Regierung bereits bewiesen bei der Windkraft.

Im Burgenland steht keine einzige Windkraftanlage ohne dem Okay vom WWF und von BirdLife. Ich glaube, das ist wirklich ein gutes Modell, dass wir hier den erneuerbaren Ausbau so machen, dass der Vogelschutz, dass der Naturschutz hier ganz klar mitgedacht wird und es Zonen gibt, die ganz klar - auch wenn sie noch so gut windgünstig liegen - nicht angetastet werden, weil dort einfach der Vogelzug ganz wesentlich ist.

Bei den PV-Anlagen hat sich diese Entwicklung auch schon gezeigt. Natürlich gibt es auch PV-Anlagen auf Ackerflächen, riesige Anlagen. Hier geht der Trend ganz eindeutig zu Agri-PV, das heißt, der eigentlich Dreifachnutzung einer Ackerfläche. Das heißt, die Landwirte können weiter Ackerbau betreiben, können Lebensmittel produzieren, gleichzeitig wird Energie produziert und da, wo der Traktor nicht hinkommt, genau unter den Paneelen, sind Grünstreifen.

Das gab es vorher überhaupt nicht, mitten im Acker regelmäßige Grünstreifen und das sind Ökonischen, die genutzt werden. Man sieht das jetzt schon an den Anlagen. Ich habe mir das selber anschauen dürfen. Das funktioniert wirklich sehr gut und ist eigentlich eine ideale Lösung. Es gibt auch keine Bodenversiegelung dort, die Steher von der PV-Anlage werden einfach in den Boden gerammt. Es gibt nicht einmal Punktfundamente.

Es gäbe noch viele GRÜNE Beispiele im Zukunftsplan Burgenland. Der Tierschutz sei hier noch erwähnt, weil er mir besonders am Herzen liegt. Unsere Kritik war hier immer, dass im Burgenland ein bisschen zu wenig passiert, weil das Landestierheim ja schon allein geografisch für die Südburgenländer sehr weit weg ist.

Jetzt ist es klar, es wird auch im Süden ein Tierschutzhaus geben. Das wird noch ein bisschen dauern, aber dadurch werden viele Ehrenamtliche entlastet, sollen entlastet werden, und natürlich soll es ein optimales Zusammenspiel geben.

Wir werden die Ehrenamtlichen weiterhin brauchen, die sind ein wichtiger Teil des Tierschutzes - nicht nur des Tierschutzes, natürlich auch in anderen Bereichen - und hier soll es eine gute Zusammenarbeit geben, nicht nur, weil es hier um Tiere geht, sondern es sind ja meistens Haustiere.

Und jeder, der selber ein Haustier hat, weiß, Haustiere sind Familienmitglieder. Und wenn es da Probleme gibt, dann betrifft es die ganze Familie und deswegen ist das Tierschutzheim eigentlich für alle Burgenländerinnen und Burgenländer.

Alles in allem gibt es in vielen Bereichen viel zu tun. Wir sind gemeinsam mit der SPÖ bereit, zum Wohle des Burgenlandes hier aktiv zu werden. Es läuft schon vieles gut im Burgenland.

Im Regierungsprogramm sind noch viele Punkte aufgezählt, wo wir noch einen Schritt weitergehen für Verbesserungen, für Veränderungen stehen und das auch umsetzen werden.

Wir haben mit dem Ja zu dieser Koalition zu dieser Zusammenarbeit einige wesentliche Punkte im guten Einverständnis mit der Koalitionspartnerin hinzufügen können. Jetzt ist die Zeit der Umsetzung gekommen.

Ich freu mich darauf und ich hoffe, dass die Opposition hier uns an den Fakten messen wird und nicht an „G'schichterln“. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Als nächster Redner ist Landtagsabgeordneter Klubobmann Christian Sagartz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordnete Mag. Christian Sagartz (ÖVP):** Danke schön. Sehr geehrte Frau Präsidentin an der Spitze, Kolleginnen und Kollegen, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und werte Mitglieder der Landesregierung!

Ja, die erste Landtagssitzung war ein Wahlakt und ein Festakt, das merkt man an der Atmosphäre, das merkt man rundherum ganz deutlich. Und bevor ich das erste Mal das Wort ergreife, möchte ich Ihnen allen gratulieren, zu Ihrem Mut. Denn, wer sich einer Wahl stellt, der beweist ja nicht nur demokratischen Willen, sondern auch Mut, dass man ein Ergebnis zur Kenntnis nimmt. Ein ganz persönliches mit Vorzugsstimmen, ein ganz persönliches in seiner Heimatregion, in seinem Wahlkreis und eines auf Landesebene.

Und Ausfluss dieses Wahlergebnisses, dieses Mutes jedes Einzelnen von uns - übrigens, egal ob man an erster oder letzter Stelle steht, der Mut ist ja derselbe - aber Tatsache ist, dass das Ergebnis dieser Wahl heute hier in der Stärke des Landtages eine Regierungserklärung bedeutet.

Das bedeutet, dass heute nach dem Wahlakt, nach dem Festakt das Programm im Mittelpunkt steht. Und die heutige Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes und die zusätzlichen Worte der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin haben ein Programm präsentiert. 135 Seiten, manche Bereiche sehr, sehr detailliert. Das begrüße ich ausdrücklich, das ist auch wichtig, dass die Menschen wissen, was erwartet mich.

Andere Bereiche eben nur angerissen und ich möchte das jetzt gar nicht kritisieren, sondern es liegt in der Natur der Sache - das wäre ja jedem anderen Koalitionspartner

nicht anders ergangen - man hat gewisse Zukunftsvorstellungen, man hat Erwartungshaltungen. Manche sind ganz, ganz klar und manche sind eben nur Absichtserklärungen.

Deshalb würde ich sagen, das Programm hat viel Licht und viel Schatten. Dieses Programm hat viele positive Aspekte, die wir anerkennen, die wir auch klar benennen werden und es gibt Bereiche, wo, glaube ich, schon aus der Vergangenheit klar ist, dass wir als Volkspartei diese nicht mittragen werden, dass es Nachholbedarf gibt bei dem einen oder anderen Thema, wo wir schon aus der Natur der Sache heraus einen anderen Blickwinkel haben.

Und vielleicht eine persönliche Anmerkung. Heute ist ja nicht der Tag der Rechtfertigung. Wolfgang Spitzmüller hat jetzt einige Male gerechtfertigt, finde ich, was im Programm steht, das ist völlig unnötig.

Das ist ein gemeinsames Programm, das wird jetzt umgesetzt, man hat sich gefunden, wie auch immer das zustande kommt, auf Augenhöhe oder nicht, ob man sich jetzt hier in dem Programm zu 100 Prozent wiederfindet oder zu 99, das ist den Menschen völlig gleichgültig.

Denn bei einem sind wir uns einig - und das möchte ich unterstreichen, das hat mein Vorredner sehr deutlich gesagt - messen wir diese Regierung an ihren Taten. Messen wir die Entscheidungen in diesem Haus ausschließlich daran, welchen Effekt, welche positive, welche negative Auswirkung je eben aus dem Blickwinkel des Betrachters auf die burgenländische Bevölkerung zu erwarten ist. Und das ist unsere Aufgabe.

Die Verantwortung der Regierung ist es, teils zu verwalten, teils zu gestalten, Neues auf den Weg zu bringen, Altes vielleicht über Bord zu werfen.

Aufgabe der Opposition ist es, das nicht nur zu beobachten, sondern auch konstruktiv zu begleiten. Entweder, wenn die ausgestreckten Hände dann auch voller Inhalt sind.

Ausgestreckte Hände alleine sind ein bisschen zu wenig. Man muss anpacken, man muss etwas übergeben, eben rechtzeitig Unterlagen bringen, Unterlagen bringen, die auch diskussionsfähig sind, dann kann man sagen, messen wir diese Regierung an ihren Taten. Und das werden wir als Österreichische Volkspartei ganz, ganz klar machen.  
*(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Positiven. Wir begrüßen die Bekenntnisse zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung, das auch hier ganz detailliert drinnen steht. Wo möchte man an welchem Standort etwas Neues machen, etwas ausbauen, etwas in die medizinische, hochwertige und qualitative Betreuung der Burgenländerinnen und Burgenländer investieren und zwar in allen Regionen unseres Landes und in gleichen Zügen?

Sie werden verstehen - viele von Euch kennen mich ja schon länger - aufgrund meiner persönlichen Lebenserfahrung hat das Thema Vorsorge für mich einen extrem hohen Stellenwert. Vor allem ganz persönlich betrachtet, wäre ich bei der zweiten Krebserkrankung nicht rechtzeitig zu einer Untersuchung gegangen, wäre es wahrscheinlich ein wenig anders ausgegangen, als dass ich heute vor Euch stehen kann.

Deshalb werdet Ihr auch verstehen, dass mir das persönlich ein sehr wichtiges Anliegen ist. Und das liegt jetzt gar nicht aus der burgenländischen Perspektive heraus - in ganz Österreich haben wir die Situation - wir kümmern uns gerne um Kranke, das ist unser Auftrag. Die Krankenkasse hat ja sogar so geheißen.

Es ist Tatsache, dass wir eben im Bereich der Vorsorge wenig tun, wir haben deshalb als einen unserer Anträge gerade in diesem Bereich eine Position erweitert und erneuert. Ich hoffe, auch hier können wir in Verhandlungen treten, das eine oder andere zum Positiven wenden.

Wir begrüßen explizit die Förderung der erneuerbaren Energie. Das Burgenland ist Vorreiter. Nicht erst seit fünf, seit zehn Jahren, seit mittlerweile einer ganzen Generation sind wir hier in diesem Bereich - was auch den Ausbau von Infrastruktur, was auch die Forschung in dem Bereich betrifft - ein Vorreiter.

Und dieser Einsatz neuer Technologien ist, glaube ich, etwas, was wir weiterhin im Burgenland forcieren können, wo alle Fraktionen Interesse haben, das gemeinsam voranzutreiben.

Und was mich auch freut, im Bereich des Regierungsprogrammes steht eine Entsiegelungsprämie, die Einführung von finanziellen Förderungen für die Entsiegelung eben von Flächen. Das hatten auch wir in unserem Wahlprogramm.

Das ist, glaube ich, ein Zug der Zeit, dass man nicht nur in großen Ankündigungen denkt, sondern auch in kleinen Bereichen. Ja, wenn ein Wettbewerb uns alle vorwärtsbringt, dann freue ich mich schon auf die vielen interessanten Beiträge und auf die Möglichkeiten in dem Bereich. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)* Danke schön.

Ein Wettbewerb der Ideen wird ja niemals und keinem Politiker in irgendeiner Art und Weise ein Hindernis sein.

Bildung, der dritte Schwerpunkt, den ich hier als positiv herausgreifen möchte, dass hier neue Studiengänge angeboten werden an der Hochschule im Burgenland. Digitalisierung und KI im Unterricht, ein sehr wesentlicher Bereich.

Ich bin jetzt 44 und, glaube ich, jemand, der eben nicht mit dem Handy in der Hand aufgewachsen ist und auch andere Prioritäten gesetzt hat in seinem Freizeitverhalten.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Technologien in diesem Bereich rasant Fortschritte erleben und dass eben auch die Lehrbeauftragten, die Menschen, die in der Klasse stehen und hier etwas verwirklichen möchten, weitergeben möchten, Inhalte präsentieren möchten, dass wir die Menschen massiv dabei unterstützen.

Und ein Thema, das leider sehr, sehr aktuell geworden ist und im Regierungsprogramm auch als positiv gesehen werden kann, ist die Bündelung von Initiativen zur Gewaltprävention.

Niemand hat kalt gelassen, was in Villach passiert ist. Niemand kann sich, glaube ich, vorstellen, was es bedeutet, als Mensch einen solchen Verlust zu erleiden.

Aber auch als Gesellschaft erleiden wir gerade einen großen Verlust. Viele Menschen haben Angst. Ich war unlängst in einem privaten Gespräch mit der Situation konfrontiert, dass mir eine Mutter gesagt hat, ihre beiden Kinder, die in Eisenstadt in die Schule gehen, wohlbehütet aufwachsen, eigentlich aus einer ganz kleinen Gemeinde kommen, wo alle Strukturen dafürsprechen, dass man sich wohl und behütet fühlt, Angst haben.

Und ich glaube - unabhängig davon, wie man jetzt dazu steht, welche Instrumente die Polizei, welche Überwachungsmöglichkeiten wir bekommen oder wo man jetzt eben ansetzen muss - dass Menschen Angst haben im Burgenland, wenn sie auf die Straße gehen, wenn sie als Kinder hier aufwachsen, das ist etwas, was mich sehr betroffen macht.

Dass es Onlineplattformen gibt, wo man aus einfachen Jugendlichen und Kindern radikalisierte Täter und Terroristen macht, das kann ich als Politiker nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist etwas, was ich in keinerlei Weise akzeptieren möchte. Und wir sind alle gefordert, in dem Bereich etwas zu tun. Wenn die Friedensuniversität Schlaining hier Vorreiter sein soll und man hier Initiativen setzt, dann freu ich mich, dass so eine Initiative im Burgenland Unterstützung findet. *(Beifall bei der ÖVP)*

Drei Beispiele für das Positive im Gesundheitsbereich, der Klimaschutz und die Bildung. Drei Beispiele, wo wir anderer Meinung sind, ganz bewusst es anders sehen und auch eine andere Auffassung an den Tag legen.

Bei der Finanzierung vieler Projekte durch die Landesholding bleibt dieser Weg aufrecht, dass der burgenländische Landtag nur bedingt - nämlich über die Hintertüre des Rechnungshofes - die Möglichkeit hat, einzuschreiten, zu kontrollieren, was eigentlich, werte Kolleginnen und Kollegen - gilt für uns alle 36 - die Hauptaufgabe - neben der Gesetzesinitiative - für uns als Abgeordnete zum Landtag ist.

Der starke wirtschaftliche Einfluss - diese Strukturen des Landes, die noch stärker werden sollen, diese starke Hand, die man ja positiv sehen könnte, aber in vielen Bereichen des freien Marktes sich negativ zeigt, wo es ja auch negative Beispiele gibt, wo in den freien Markt eingegriffen wird, wo keine Not tut - das werden wir weiterhin kritisieren und auch nicht als positiv herausstreichen.

Auch in Fragen der fehlenden Unterstützung für die burgenländischen Gemeinden, das ist heute angesprochen worden. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, da muss man Strukturen überlegen, da muss man im Großen denken, da muss man an die Partnerinnen und Partner in den Gemeinden herangehen, das unterstütze ich, das ist natürlich der richtige Weg.

Die Frage ist, wie schaffen wir es, dass damit kein Ungleichgewicht entsteht. Denn die Strukturen in vielen Bereichen hat der Landesgesetzgeber in der Hand. Da kann die Gemeinde wenig dagegen tun. Und eine Evaluierung und eine langfristige Maßnahme bedeutet, dass wir nicht ad hoc frisches Geld für unsere Gemeindebudgets haben.

Genau deshalb glaube ich, dass hier eine direkte Unterstützung auch seitens der Landesregierung für die burgenländischen Gemeinden - nämlich alle 171, auch dieses Bekenntnis steht drinnen - Not tun würde.

Und der dritte Punkt, den möchte ich noch einmal wiederholen. Das ist dieser Umgang mit der Landesholding. Ich möchte nur daran erinnern, dass die Tatsache, dass marktwirtschaftliche Prinzipien weiter ausgehöhlt werden, weiterhin Teil des Programmes ist.

Ich glaube, dass hier auch ein ganz anderes Grundverständnis herrscht in vielen Bereichen des Landtages, in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass es der Weg ist, den wir mittragen möchten und der eben auch Teil dieses Programmes ist.

Nochmal zusammenfassend die kritischen Punkte:

- die Finanzen, eine mangelnde Transparenz, die hohe Abhängigkeit von dieser Landesholding,
- bei den Gemeinden die fehlende direkte Unterstützung und die zunehmende Besteuerung durch das Land und



- bei der Verstaatlichung einfach das Grundprinzip, den freien Markt beschränken zu wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Kurs der Sozialdemokraten - ja naturgemäß, wenn jetzt fünf Jahre eine Alleinregierung am Werken war - den haben wir kritisiert, da kennt man unsere Standpunkte.

Deshalb war es für mich sehr spannend, wie werden sich die GRÜNEN einbringen. Und meine Kolleginnen und ich haben diesen Punkt ja bereits in unserer Klubsitzung ausführlich besprochen. Ich habe die Kollegin Anja Haider-Wallner kennengelernt als Mahnerin, klare Positionen, auch scharfe Kritik an fehlender Transparenz.

Und da muss ich sagen, was ist davon geblieben? Das muss man einfach schonungslos aufzeigen, in vielen Bereichen eine 180-Grad-Wende. Dann möchte ich die Frage in den Raum stellen - und das ist eine Frage, die kann jetzt jeder für sich beantworten - wo sind die 180-Grad-Wendungen bei den Sozialdemokraten?

Bei den GRÜNEN sind sie offenkundig. In der Asylpolitik vor der Wahl kritisch, keine Obergrenze - jetzt dafür. Vor der Wahl, Krankenhaus Gols - kritische Position zum Standort, jetzt anders. Transparenz in der Holding, vor der Wahl eine Blackbox. Ich sehe im Regierungsprogramm keine fundamentalen Änderungen dieser Linie.

Beim Neusiedler See heftig diskutiert, heftig kritisiert, in allen Fraktionen Bedenken - da möchte ich das gar nicht verschweigen, aber bei den GRÜNEN am deutlichsten - jetzt klares Bekenntnis.

Ich möchte ganz offen sagen, die entscheidende Frage dieses Regierungsprogrammes wird sein - und deswegen wurde es ja heute dem Landtag präsentiert - wird es der Tatsache gerecht, dass wir die zukünftigen Herausforderungen unseres Landes damit meistern?

Es ist unsere Aufgabe als Opposition, das kritisch zu durchleuchten, zu hinterfragen. Die heutigen Versprechungen, die heutigen Inaussichtstellungen der Realität zu überprüfen. Halten sie dann in der Realität diesen heutigen Präsentationen stand? Und es ist unsere Aufgabe, Alternativen aufzuzeigen.

Beides ist wichtig. Natürlich in der öffentlichen Wahrnehmung - das gebe ich schon zu - wird die Opposition immer mit der kritischen Stimme gebracht und weniger in der konstruktiven. Das liegt in der Natur der Sache. Denn das ist es ja das, was man ja eigentlich oft in der medialen Auseinandersetzung hört, die Kritik.

Wenn wir loben - ist auch in der Vergangenheit vorgekommen - wenn wir zustimmen, dann ist es eine Randnotiz. Dort, wo gestritten wird, das hört man gerne.

Deswegen, eine konstruktive Politik, eine konstruktive Opposition erkennt positive Dinge an. Das tun wir. Wir stellen aber auch klar, wo es Nachholbedarf gibt, wo wir anderer Meinung sind. Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, Sie haben die Verantwortung. Sie werden als Regierung an Ihren Taten gemessen.

Eines möchte ich aber noch anmerken. Es wurde ja heute sehr oft auch die Wahrheit bemüht und die Falschinformation und Desinformation. Ich habe gelernt in den Jahren der Politik, dass meine persönliche Wahrnehmung für mich oft die Wahrheit ist. Die Realität in einer Demokratie ist, dass weder meine Wahrnehmung die allein gültige ist, noch die eine normative Wahl, Wahrnehmung und Wahrheit hier in diesem Saal gegeben sein wird.

Tatsache ist, gelingt es uns möglichst viele Abgeordnete der Opposition und der Regierung auf einen Nenner zu bringen? Das ist in der Vergangenheit sehr oft passiert. Das ist jetzt die Verantwortung von uns allen. Die Regierung hat ihre Absichten erklärt. Die Opposition wird sich konstruktiv einbringen.

Das möchte ich für die Volkspartei hier heute ganz klar sagen und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Denn am Ende des Tages sind wir nur einem Verantwortlich - dem Burgenländer und der Burgenländerin. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Klubobmann Norbert Hofer.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Ing. Norbert Hofer (FPÖ):** Besten Dank Frau Präsidentin. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Hohes Haus, geschätzte Mitglieder der Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze!

Heute ist ein ganz besonderer Tag - wie bereits gesagt worden ist - der erste richtige Arbeitstag hier, wo wir uns auch mit Inhalten beschäftigen. Auch ich darf den neu gewählten Mitgliedern des Landtages und auch jenen, die schon vorher hier vertreten waren alles Gute wünschen für diese wichtige Aufgabe.

Und ich darf als langjähriger Parlamentarier auch sagen, wie wichtig diese Aufgabe ist. Denn natürlich spielt hier die Musik - das wissen wir - aber die Partitur, die Komposition, die wird hier gemacht. Hier werden die Gesetze gemacht und die Regierung muss sich natürlich an diese Gesetze halten und setzt das um, was sie als Mandatar auch dieser Regierung vorsetzen und vorschreiben.

Meine Damen und Herren, wir haben im Regierungsprogramm, in der Rede des Herrn Landeshauptmannes, vieles gehört. Vieles auch zum Bund und zur Weltpolitik, wo ich dem Herrn Landeshauptmann auch recht gebe, dass wir in Zeiten leben, wo sich die Dinge sehr verändern, aber dass jetzt natürlich auch die SPÖ auf Bundesebene die Chance hat, alles das, was hier kritisiert worden ist an Dingen, die nicht funktionieren - die Unterstützung der Gemeinden, der Karfreitag und viele andere Dinge - jetzt umzusetzen.

Und es liegt ja auch ganz konkret an dem einen Mandatar der SPÖ Burgenland im Landtag, ob es eine Mehrheit gibt oder ob es keine Mehrheit gibt. Es liegt also in Ihrer Hand und ich bin schon sehr gespannt, wie Sie das alles auf Bundesebene umsetzen werden. Ich wünsche Ihnen dabei wirklich aus vollem Herzen auch viel Erfolg.

Eine Maßnahme, die der Herr Landeshauptmann auch erwähnt hat, ist, dass man als Politiker im Rahmen einer Anklage vielleicht mit anderen Konsequenzen konfrontiert sein soll. Anklagen, wie sie gegen Fred Sinovatz, Karl Blecha, Heinz Schaden und andere vonstattengegangen sind, dass es dann eben auch Konsequenzen gibt.

Aber ich sage schon eines, wir müssen dabei schon unterscheiden zwischen Mandataren und Regierungsmitgliedern. Bei gewählten Mandataren wird man dann wahrscheinlich andere Maßstäbe ansetzen müssen aus verfassungsrechtlichen Gründen, als dass das bei Vertretern der Exekutive ist. Auf das müssen wir bitte achten.

Und auch einen kleinen Punkt erlauben Sie mir zu Beginn, der gesagt worden ist vor einigen Tagen schon, dass dieses Regierungsprogramm in Rekordzeit gemacht worden ist. Sie waren wirklich sehr schnell, dazu gratuliere ich auch, aber wir haben damals mit dem geschätzten Herrn Landeshauptmann Nießl in fünf Tagen ein Programm gemacht. Wobei die Dauer der Verhandlungen nicht über die Qualität entscheidet, da sind wir uns natürlich alle einig. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich darf zum ersten inhaltlichen Thema kommen, ich werde mich bemühen einige Themen unterzubringen und dann auch ganz am Schluss etwas Privates sagen, nämlich zum Neubau der Klinik Gols.

Wir sind für ein Krankenhaus im Seewinkel, weil wir glauben, dass der Seewinkel ein Krankenhaus braucht. Wir sind auch dafür, dass das umgesetzt wird, was gesagt worden ist, dass wir auch inhaltliche Schwerpunkte setzen müssen in den Krankenhäusern.

Weil natürlich, wenn ich eine Operation habe in einem Krankenhaus und die findet dort nur alle paar Jahre statt, dann ist es für den Patienten nicht wirklich von Vorteil. Deswegen muss es diese Schwerpunkte geben. Ich möchte nur wissen, welche Schwerpunkte werden das denn sein im Krankenhaus Gols?

Und ich kann mich auch noch gut erinnern - da ist es um den Standort gegangen - da wurde gesagt von den GRÜNEN, der Landeshauptmann - das sage ich jetzt wörtlich - dem Landeshauptmann ist der Deal mit den Grundstückseigentümern wichtiger als Natur, Landschaft, Wasser und Welterbe. *(Abg. Christian Ries: Stimmt eh!)*

So, welcher Deal ist jetzt eingegangen worden? Was war jetzt wichtiger plötzlich? Warum ist das auf einmal kein Thema mehr? Und das wundert mich ein bisschen, warum das plötzlich keine Rolle mehr spielt. Und das schon in den ersten Sekunden, als klar war, dass nicht die ÖVP der Regierungspartner ist - die das bis zu den Morgenstunden geglaubt hat, ja wir sind da jetzt an Bord - dann plötzlich in den ersten Sekunden schon Gols überhaupt kein Thema mehr war.

Herr Landeshauptmann, die Privatuniversität Burgenland, da haben Sie unsere volle Unterstützung. Mir ist vollkommen klar, das ist ein unfassbar schwieriges Projekt. Und wenn es gelingt, ist auch unfassbar viel gelungen. Und ich hoffe, dass wir im Burgenland die Chance haben, diese Privatuniversität umzusetzen.

Wir brauchen aber auch einen genauen Plan, wie das vonstattengehen soll, aber hier haben Sie unsere 100-prozentige und volle Unterstützung, weil wir als Burgenland selbstbewusst in die Zukunft gehen wollen. Als Land, das lange an der Grenze war. Auch oft verlacht. Es hat sich vieles getan. Aber das genau wäre der nächste Schritt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber dann darf ich doch zu einem Punkt kommen, der mich viel beschäftigt hat und das war ein zentrales Wahlversprechen der SPÖ, das am Wahlauftakt der SPÖ, am 6. Jänner in Oberwart definiert worden ist, wo ich mich gefragt habe, ist das wirklich zu schaffen.

Und ich darf jetzt im Wortlaut sagen, was dort vorgetragen worden ist, am 6. Jänner. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, das Herzstück der zukünftigen Pflegereform und Pflegestruktur - es geht um Pflege - das werden die Pflegestützpunkte sein. Und wenn man aufmerksam durchs Burgenland fährt, sieht man den einen oder anderen Pflegestützpunkt schon, der gebaut wird. Es sind erst zwei, einige werden gebaut, aber das ist ein Projekt, das man verwirklichen will.

Sie sagen dann, wir haben jetzt und setzen jetzt diesen ersten Schritt, diese ersten 71 Pflegestützpunkte. Und jetzt kommt für mich der zentrale Satz. Dieses Wahlversprechen, das Sie gegeben haben, Herr Landeshauptmann, und für mich ist das ein politisches Ziel, haben Sie gesagt, das ich auch jetzt an dieser Stelle auch als Ziel der Sozialdemokratie des Burgenlandes abgeben will, jede Gemeinde braucht eine Pflegeeinrichtung, haben Sie dort gesagt.

Und dann geht es weiter. Wie will man das anlegen? Wie will man das umsetzen? Wie will man das budgetär decken? Bei uns kostet ein Pflegestützpunkt doch die eine oder andere Million. Dann möchte ich sagen, dass wir derzeit in der finalen Phase sind, wenn es um die Rechtsauseinandersetzung eines gewissen Michael Tojner geht.

Also Sie sprechen hier ganz konkret von Pflege. Aber heute in Ihrer Rede sprechen Sie von betreubarem Wohnen und nicht von Pflege. Und das ist ein großer Unterschied. Deswegen meine Frage, bauen Sie jetzt wie am 6. Jänner versprochen in jeder Gemeinde eine Pflegeeinrichtung oder geht es um betreubares Wohnen? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*).

Wenn es eine Pflegeeinrichtung gibt, wie schaut die in Tschanigraben aus? Wie viele Betten gibt es dort? Wie schaut die in der Gemeinde Pama aus, und so weiter und so fort.

Wie wird das umgesetzt? Das möchte ich wissen, weil es ein zentrales Wahlversprechen war. (Beifall bei der FPÖ)

Sie schreiben dann auch, dass der burgenländische Mindestlohn beibehalten werden soll. Ich glaube auch, dass Menschen es verdienen, vernünftig bezahlt zu werden. Aber, was ich immer wieder höre, und ich habe mit vielen Pflegekräften Kontakt, ist, dass nicht verstanden wird, dass wenn ich jetzt eine Pflegefachassistenz bin mit der Ausbildung oder eine Pflegeassistenz und Wochenenddienste mache, Nachtdienste mache, das Essen verabreiche, auch - ich will jetzt nicht sagen - Windeln wechsele, aber Inkontinenzversorgung mache, alles schwierige Aufgaben, dass ich dann eigentlich kaum mehr verdiene, als die auch sehr geschätzte Kollegin oder der Kollege, wo man dann halt reinigt, um das Bett herum reinigt, und dann eben halt auch um vier Uhr am Nachmittag nach Hause geht.

Ich finde, dass das nicht gerecht ist. Wenn man das tut, dann muss man auch diesen Spread sicherstellen zwischen den Berufen und den Aufgaben, die man im Burgenland hat, sicherstellen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Herr Landeshauptmann! Ich könnte jetzt noch viel sagen über die Sektflaschen sagen, aber die lasse ich weg, denn ich will hier keine Polemik betreiben. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Sie haben dann gesagt, es gibt eine Pflicht zur Überdachung von neuen Gewerbeparkplätzen mit PV-Anlagen. Das ist natürlich etwas, was auch die Wirtschaft dementsprechend belastet.

Sie schreiben dann, dass das über die Burgenland Energie, die das alles machen wird, über eine Aktiengesellschaft, geschehen soll. Und über die Schaffung einer Pflicht zur Überdachung bestehender Parkplatzflächen. Jetzt frage ich mich, vor dem Landhaus sind die Parkplätze, wo die Mitarbeiter des Hauses stehen. Warum wird denn dort nicht überdacht? Da könnte man doch mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn man das von der Wirtschaft unbedingt will. Dann zeigen Sie doch auch, dass es Ihnen ernst ist, und machen Sie genau das dort, aber sagen Sie dann nicht, es passt nicht ins Stadtbild, denn das betrifft die Wirtschaft genauso, wie uns, im öffentlichen Dienst.

Jetzt kommen wir zur IG-L, Herr Klubobmann. Sie schreiben hier, Klimaschutzpolitik und Luftqualität sind eng miteinander verbunden. Daher soll in einem ersten Schritt die Implementierung von Maßnahmen aus dem IG-L auf Landesstraßen evaluiert werden. IG-L, Sie wissen was dort steht.

Ich brauche keine Nachhilfe beim Lesen, aber Sie kennen IG-L auch und da steht nämlich, dass es zeitliche und räumliche Beschränkungen des Verkehrs gibt und Zweitens, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Herr Klubobmann.

Lesen Sie es nach, lesen Sie das Gesetz nach, dann wissen Sie auch ganz genau, was Sie selbst hier hineingeschrieben haben. Genau das steht hier. *(Beifall bei der FPÖ - Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: 80 km/h? Was steht denn sonst noch? Dort steht 80 km/h?)*

Der nächste Punkt ist dann das Pumpkraftwerk auf dem Geschriebenstein. Zuerst schreiben Sie es hinein und dann sagen Sie, na ja, es wird ja nur evaluiert. Das ist die erste Verteidigungslinie. Bei der- zweiten Version, die Sie uns auftischen, sagen Sie, na ja, das macht ja nur ein Privater, das hat ja mit uns überhaupt nichts zu tun. Na ja, warum schreiben Sie das dann in das Regierungsprogramm hinein, wenn das ein Privater macht? Dann hat es hier überhaupt nichts verloren.

Ich sage, im Naturpark ein Pumpkraftwerk, das ist eine Idee, die ist eigenartig, sagen wir es einmal so. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren! Es gibt für mich noch viele Dinge zu sagen, die das Programm betreffen, aber eines ist mir besonders wichtig, und das betrifft die Gemeinden. Sie schreiben, die Gespräche über strukturelle Entlastungsmaßnahmen für die Gemeinden sollen auf der Grundlage einer Unternehmensbewertung des BMV-UDB fortgeführt werden. Ja, was heißt denn das?

Gebt uns den BMV, gebt uns den UDB, dann werdet ihr finanziell entlastet. Das steht hier, genauso haben Sie es formuliert. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sie schreiben dann weiter - durch die Anpassung von landesgesetzlichen Rahmenbedingungen soll für die Gemeinden der Spielraum geschaffen werden, spezielle Leistungen kostendeckend weiterverrechnen zu können, wie die Vorschreibung von Anliegerleistungen.

Das heißt jetzt aber nicht nur einen Beitrag für meinen Gehsteig und für die Straße, nein. Kostendeckend. Ich zahle mir meine Straße und meinen Gehsteig selbst. Das ist das, was Sie hier ermöglichen.

Dann schreiben Sie weiter, um dem schwindenden Interesse zur Übernahme von führenden Funktionen in der Kommunalpolitik entgegenzuwirken, soll die Möglichkeit evaluiert werden, dass ein amtierender Bürgermeister bereits ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit, Frau Gemeinderätin, Frau Stadträtin, Frau Vize-Bürgermeisterin, das Amt an eine Person weitergeben kann, die bisher nicht im Gemeinderat vertreten ist.

Also, derzeit kann ich das ein halbes Jahr davor machen, ich muss vom Gemeinderat gewählt werden, denn der Bürgermeister muss ja auch Mitglied des Gemeinderates sein, *(Zwischenrufe: Ein Jahr!)* oder ein Jahr, Entschuldigung. Aber, hier steht jetzt, dass das Amt an eine andere Person, die nicht einmal im Gemeinderat vertreten ist, weitergegeben werden kann.

Was heißt das, weitergegeben? Dann ist diese Person nicht im Gemeinderat? Also, ich glaube, jeder von uns, der in einem Gemeinderat vertreten ist, wird sich fragen, wie das gehen soll?

Ganz am Schluss, lieber Roli, lieber Hans Peter, möchte ich eines sagen, was mir wichtig ist.

Im persönlichen Kontakt, ich will keinen Schmäh und ich will keine Show, denn wenn man im persönlichen Kontakt eine gute Gesprächsebene hat, wo man über Politik spricht, auch über Privates, wie es einem geht, dann will ich persönlich nicht, dass ich mich hierherstelle und mich hier völlig anders gebe und jemanden persönlich attackiere.

Das werde ich bei Dir nicht machen, das mache ich beim Hans Peter nicht. Deswegen hat mich das schon sehr getroffen, was in den letzten Tagen passiert ist, weil es sehr persönlich geworden ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich kann Euch sagen, es ist nicht lustig, Morddrohungen zu bekommen, es ist nicht lustig, wenn Kameramänner das Grundstück stürmen und beim Badezimmerfenster hinein filmen. Es ist nicht lustig, wenn du Angst hast, dass deiner Familie etwas passiert, wenn du nicht da bist.

Wenn um ein Uhr in der Früh Menschen vor deinem Haus stehen, eindringen wollen, und dann im Nachbarhaus eindringen, weil es dort leichter ist. Oder, wenn gepostet wird, ich habe heute Hofer gesehen, ich konnte ihn leider nicht töten, ich ersuche alle Glaubensbrüder, das schnellstmöglich nachzuholen.

Deswegen dann zu sagen, ich kann das Grundstück des Herrn Hofer leicht kapern, entern, dort einsteigen, als Aufforderung, ja das geht ja ganz leicht, bitte macht das nicht. Ich und meine Familie, wir haben wirklich genug mitgemacht. Bitte macht das nicht.

Das Zweite, der zweite Angriff, weil es meinen ehemaligen Büroleiter betrifft, es betrifft ja eigentlich ja seinen Vater, der seit Jahrzehnten nicht mehr bei der FPÖ war, und es gibt keine Anklage.

Das eigentliche Problem sind die Neffen in Deutschland, aber, mich jetzt dafür verantwortlich zu machen, also. Schaut, es gab einmal vor einigen Jahren einen Axtmörder...

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Herr Klubobmann, die 15 Minuten freiwillige Redezeit, ich würde Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Abgeordneter Ing. Norbert Hofer (FPÖ) (fortsetzend):** Ich bin sofort fertig. Es gab einen Axtmörder, der hat seine siebenjährige Tochter getötet, seine Ehefrau, die Eltern, den Schwiegervater. Der war parlamentarischer Mitarbeiter der SPÖ, aber dafür kann die SPÖ nichts. Ich würde niemals sagen, dass das irgendetwas mit der SPÖ zu tun hat. Daher ein kleiner Aphorismus: Aber der wahrhaft große Geist, der sich selbst richtig schätzt, rächt Beleidigungen nicht, weil er sich nicht beleidigt fühlt. Besten Dank. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Als Nächster und vorerst letzter Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Roland Fürst.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Abgeordnete! Liebe Zuseher zuhause und hier im Saal!

Auch ich bin sehr stolz heute hier vor Ihnen stehen zu dürfen und im Namen meiner Fraktion auch ein Stück weit etwas über das Regierungsprogramm sagen zu dürfen. Ich möchte aber jetzt gleich eingehend auch ein bisschen replizieren, weil das, glaube ich, auch die parlamentarische Debatte belebt. Das ist auch gut, dass wir das heute gut

pflügen, auch hier im Hohen Haus, und auch Antworten auf Fragen geben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollege Klubobmann Hofer! Ich habe überhaupt kein Problem und auch Verständnis für alle, die dieser angesprochenen Problematik ausgesetzt sind. In der Politik sind wir dem ausgesetzt, das ist keine Frage. Ich möchte jetzt niemandem etwas unterstellen, aber solche Anfeindungen, vielleicht nicht in dieser Intensität, die haben wir alle, oder ich kann das zumindest bestätigen.

Ich habe auch kein Problem damit, wenn es so wäre, wenn, zum Beispiel, die vielen Frauen in Österreich, welche dieselben Drohungen haben, die auch umgebracht werden, denn die Femizide in diesem Bereich steigen, dieselben Möglichkeiten hätten, wie Sie und Du das als Klubobmann hättest.

Ich habe mir das bei der Freiheitlichen Partei nämlich sehr genau angeschaut, wo Ihr überall dagegen gestimmt habt, wo es um den Ausbau von Gewaltschutzzentrum, von Frauenhäusern gegangen ist. Da habt Ihr gesagt, das brauchen wir nicht, die brauchen wir nicht bauen, et cetera.

Da würde ich mir dann aber auch eine Korrektur von Euch erwarten und wünschen, dass es in Zukunft keine Privilegien gibt, dass es nur für irgendwen gilt, sondern, dass das für alle gilt. Da werden wir genau hinschauen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN – Abg. Rita, Stenger: MA: Bravo!)*

Das ist, glaube ich, ein bisschen und das ist auch gut, wenn man über das redet, weil, das ist wichtig. Beim Reden kommen die Leute zusammen.

Das war ein Stück weit eine hermeneutische Interpretation des Regierungsprogrammes, ja. Was ist die Hermeneutik? Das ist eine Textanalyse und da kann man sehr weit gehen.

Du findest kein Wort, keine 80, die Zahl 80, außer zwischen der Seite 79 und der Seite 81, aber, trotzdem seid Ihr hinausgegangen und habt gesagt, diese Regierung im Burgenland will jetzt plötzlich nur mehr, dass 80 km/h gefahren wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist ein bisschen das, was auch der Landeshauptmann, glaube ich, gemeint hat, nämlich, dass man aufhören soll, solche Märchen zu erzählen, die unwahr sind. Das ist nicht richtig, das ist nicht unsere Intention und das wird es auch nicht geben. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Der dritte Punkt betrifft das Pumpenkraftwerk. Also, ich habe es mir gestern auch durchgelesen. Ich habe ja an diesem Programm auch sehr intensiv mitgearbeitet und habe es jetzt einmal, das ist mein eigenes Naturell, gleich einmal weggeschoben, denn wenn ich mich sehr intensiv mit etwas beschäftige, dann will ich das einmal eine Zeitlang nicht sehen.

Jetzt habe ich es mir vorgestern oder gestern wieder hergenommen, habe es mir einmal durchgelesen und habe genau auch auf diese Kritikpunkte ein bisschen hingeschaut.

Da steht nur, Evaluierung eines Pumpkraftwerkes am Geschriebenstein. Was heißt Evaluierung? Das kann ja auch sein, dass die Lernkurve im Burgenländischen Landtag eine steile ist. Evaluierung heißt ja nichts anderes, wie dass man etwas analysiert, bewertet und dann zur Entscheidung kommt, macht man das, macht man es nicht, macht man es in welcher veränderten Art und Weise oder ähnliches.

Um das geht es. Auf die Frage und den Einwurf, ob das privat ist, oder nicht, muss ich auch sagen, da habt Ihr auch wieder über das Ziel geschossen. Klimakommunismus, habt Ihr da geschrieben, ist das Pumpkraftwerk. Klimakommunismus. Also bitte, hört damit auf, wenn Ihr nicht wollt, und das werdet Ihr von mir nie hören, ja, dass wir hier mit Rechtsextremismus Etikettierungen arbeiten.

Was wir nicht machen werden, weil wir sehr genau differenzieren, sehr genau differenzieren. Diese Anschuldigungen und Angriffe an den Büroleiter waren nur Fragen, die wir gestellt hatten. *(Abg. Markus Ulram: Ja, genau!)* Ja, das waren nur Fragen und keine Anschuldigungen.

Dann hört bitte auf, weil, eine Partei ist damit klaglos gescheitert, dass Ihr uns ständig, der Kollege Wolf war da der Spezialist von der ÖVP, Kommunismus vorgeworfen, Marxismus, und vieles mehr. Das wollen die Menschen nicht, das wurde letzten Endes mit minus 8,6 Prozent bei der letzten Landtagswahl bestraft und hören wir auf, bitte, uns gegenseitig so etwas auszurichten. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Zum Regierungsprogramm. 135 Seiten, 30 sehr konkrete Maßnahmen und Themen, die wir in, zugegeben, sehr schneller Zeit erarbeitet haben, die aber eines, wie ich finde, dokumentieren, nämlich, dass dieser eigenständige erfolgreiche burgenländische Weg, für den nicht nur eine Regierung, sondern für den wir alle im Burgenland verantwortlich sind, weiter gegangen wird.

Das ist, und der Herr Landeshauptmann, aber auch die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin haben das ja angezogen, eine durchdachte, kongruente Absichtserklärung, wo wir der Meinung sind, dass wir da vieles abarbeiten werden können. Wahrscheinlich einen ganz einen großen Prozentsatz.

Diese drei Attribute - Zusammenarbeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit - stehen ja nicht zufällig am Titelblatt dieses Regierungsprogrammes. Das ist genau das, wofür das Burgenland steht, für das die Burgenländerinnen und Burgenländer auch zurecht stolz sind auf diese Attribute, auch zu leben, zu verkörpern, nicht nur in einem rhetorischen Aspekt zu leben.

Hier, an dieser Stelle, ist 2021 anlässlich der Jubiläums-Landtagssitzung, wenn Ihr Euch erinnern könnt, Oliver Rathkolb, Historiker, Kurator unserer Jubiläumsausstellung, gestanden. Der hat wortwörtlich, mich hat das schwer beeindruckt, gesagt: Das Burgenland ist, was das friedliche Zusammenleben betrifft, der Umgang mit kultureller Vielfalt ein Musterbeispiel und ein Vorbild für ganz Europa.

Ich denke, das ist etwas, was dieses Programm, diese Maßnahmen, auch lebendig macht, was lebt, was hier in den unterschiedlichen Attributen auch widerspiegelt und auf das können wir, denke ich, zu Recht alle stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Ich gehe jetzt noch einmal kurz darauf ein und versuche zu ergänzen, was vielleicht in dieser Intensität nicht gesagt worden ist.

Die Zusammenarbeit: Das halten wir im Burgenland hoch. Der Zusammenhalt und das Zusammenarbeiten, denn der Zusammenhalt passiert auf einer Wertebasis, die wir uns alle gemeinsam gegeben haben und auf die wir alle stolz sind.

Das sind die christlichen Traditionen, das ist das Brauchtum, das ist das jüdische Erbe, das sind die Errungenschaften der Aufklärung, das ist die Meinungsfreiheit, was dahintersteckt, das ist der Respekt und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Genauso, wie der vorbildliche Umgang mit unseren Volksgruppen.



Bei uns ist das kein Thema, ob das diese eine Volksgruppe oder welche Minderheit das ist, sondern, das war nie ein Thema und das wird auch in Zukunft kein Thema sein und das ist etwas, was das Burgenland auszeichnet.

Was sich ja aber auch ganz konkret, Stichwort Volksgruppenhaus 2026 in Oberwart, darin baulich widerspiegelt.

Stichwort, das wir uns ganz klar und sehr genau auch mit den GRÜNEN überlegt haben, wie wir was in dieses Regierungsprogramm hineinschreiben, was die Werte betrifft.

Ein ganz klares Bekenntnis gegen die Sonntagsöffnung, weil wir der Meinung sind, dass in diesen wirklich turbulenten Zeiten, wo ohnehin kaum mehr Zeit ist und rund um die Uhr gearbeitet wird, zumindest der Sonntag für die Berufsgruppen, die sonst nicht arbeiten, auch frei sein sollte.

Dass das Zusammenleben von Beruf und Familie gelebt werden kann.

Dann gibt es auch noch das klare Bekenntnis zum Karfreitag. Da werden wir konsequent sein, das darf ich Dir versprechen, denn es war uns in den seltensten Fällen wirklich wichtig, was in Wien entschieden wird, außer wenn es gegen burgenländische Interessen geht.

Das wird auch weiterhin so gelten. Diese Spaltversuche bringen nichts, die haben der ÖVP auch nichts gebracht.

Wir werden dort zustimmen, wo wir der Meinung sind, dass das für das Burgenland gut sein wird und dort dagegen sein, wo wir der Meinung sind, dass das dem Burgenland schadet, da werden wir von unserer Linie überhaupt nicht abweichen.

Keine Sorge! *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Auch beim Sichtbarmachen des Kreuzes im öffentlichen Raum wird es mit uns keine Diskussion geben, denn da stehen wir dazu und das ist auch das, was das Burgenland ausmacht, diese Vielfalt, diese vielen Wurzeln, die wir haben.

Das spiegelt sich natürlich auch ganz klar in den Vereinen, in diesen 4.900 Vereinen, die ja gerade auch in den Gemeinden angesiedelt sind, wider. Da sind wir d'accord, denn die Gemeinden müssen gestärkt werden. Sie sind sozusagen das Rückgrat, auch das gesellschaftliche Rückgrat, was das Zusammenleben, das Zusammenhalten betrifft.

Im Burgenland haben wir diese Ehrenamt-Versicherung hineingenommen. Da hätte ich mir auch gewünscht, dass das vielleicht lobend erwähnt wird. Ich weiß, 15 Minuten Redezeit sind nicht so lange. Da werden wir versuchen, dass diese Menschen, die sich auch für andere engagieren, die Zeit und viel Engagement investieren, die auch mitunter die Familie vernachlässigen, erstmals eine Versicherung in den unterschiedlichsten Formen bekommen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das wird die Gemeinde stärken. Das ist an dieser Stelle auch schon angesprochen worden. Wir meinen auch diesen Zusammenhalt dann, wenn es gegen das Burgenland geht. Wenn es, zum Beispiel, gegen diese Interessen geht, die unseren gemeinsamen Werten widersprechen.

Da werden wir in Zukunft im Burgenland auch in Richtung Bund zusammenhalten und alle Möglichkeiten, die wir politisch und rechtlich haben, auch auf den Weg bringen. Da braucht Ihr keine Sorge haben.

Aber, wir haben aber auch, was den Zusammenhalt in Europa betrifft, ein klares Bekenntnis zu diesem Europa, mit all den Schwierigkeiten. Da können wir gerne diskutieren, denn es ist nicht alles gut, was da in Europa läuft.

Aber, es ist die beste Alternative, die wir haben und gerade das Burgenland hat von dieser Europäischen Union und von diesem Europa so viel profitiert.

Nicht umsonst hat der Herr Bundespräsident das besonders hervorgehoben, weil das nicht überall der Fall ist. Weil natürlich die Tendenz in Richtung illiberale Demagogen geht, die uns eben sehr oft schwarz-weiß Lösungen, die uns einfache Lösungen für komplexe Themen vorgaukeln.

Die sind ja in der Praxis nicht realisierbar und da müssen wir uns wehren, da müssen wir schauen, dass dieser Krieg, der da in der Ukraine stattfindet, so schnell wie möglich verschwindet, dass es Friedensgespräche gibt. Aber von uns gibt es nach wie vor ein klares Bekenntnis für dieses Zusammenhalten in Europa, für eine Friedensunion, für eine Wirtschaftsunion und letzten Endes, da wird kein Weg vorbeiführen, für eine Sicherheitsunion. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zweiter Punkt, zweites Attribut, ist das Thema Sicherheit, aber auch das sind wir mehrdimensional.

Wir sehen Sicherheit nicht nur klassisch, sondern mehrdimensional. Was die soziale Sicherheit betrifft, die Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu haben, die Sicherheit einen Mindestlohn zu bekommen, dass man von dem was man verdient, auch leben kann.

Lieber Kollege Hofer! Es macht ja die andere, die weniger verdient, nicht besser, die verdient ja wegen dem nicht mehr, weil der andere den Mindestlohn bekommt, aber wir müssen schauen, dass im Burgenland und am besten in Österreich alle so viel verdienen, dass sie von ihrem Lohn leben können.

Die Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu haben, habe ich schon gesagt, die Sicherheit eine Wirtschaft zu haben, die uns diese Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, das Innovationscenter, das wir gemeinsam mit der Wirtschaftskammer auch da entwickeln, dass wir die Fachkräfte haben, da sind wir schon d'accord.

Diese drei Lehrwerkstätten, die angesprochen worden sind, ja.

Die Sicherheit, einen Pflegeplatz zu bekommen, die adäquate Betreuung zu bekommen und jetzt schon schwarz zu malen und zu sagen, wir haben ja dieses Pflegepersonal gar nicht für die.

Na, dann bemühen wir uns, dass wir es haben.

Wir haben einen elaborierten Plan, der vorgelegt worden ist, wo wir ganz hohe Ambitionen haben, damit unsere Menschen, die in den Gemeinden Pflege brauchen, diese auch erhalten.

Ich glaube, da sollten wir alle bestrebt sein, nicht zu sagen, wie es nicht geht, sondern wie es geht und Ihr könnt gerne einen Beitrag dazu leisten, damit wir in fünf Jahren dastehen und sagen, in Ordnung, in jeder Gemeinde gibt es eine gute Einrichtung, wo etwas angeboten wird, wovon unsere ältere Generation oder die Pflegebedürftigen profitieren. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Die klassische Sicherheit, Katastrophenschutz, der Fünf-Stufen-Plan, die Feuerwehr, die ganzen Landesräte, die hier sind, glühen auch, das spiegelt sich ja wider.

Da ist jetzt schon, seit der Wahl, wieder viel gemacht worden.

Da legt sich diese Regierung für unsere Bevölkerung sehr ins Zeug.

Aber, natürlich auch Asyl und Migration.

Da wird es auch von unserer Seite die dementsprechenden Standpunkte geben, denn aufgrund der geografischen Lage war es klar, dass das Burgenland und vor allem die Sozialdemokratie als regierende Partei hier einen anderen Zugang haben muss.

Das ist auch ganz klar, denn das sind drei nationale Grenzen. 90 Prozent der 430.000 Menschen, die seit 2015 hier nach Österreich gekommen sind, sind über burgenländische Grenzen gekommen. Da gibt es eine gewisse Verunsicherung oder ein Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung, der wir Rechnung tragen.

Es ist auch ganz klar, dass wir bei der Obergrenze bleiben, dass wir benennen werden, wo es Probleme und Schwierigkeiten gibt.

Ich habe auch schon gesehen, dass Ihr einen Antrag habt einlaufen lassen, was den politischen Islam betrifft. Darüber können wir gerne diskutieren, denn da bin ich Experte, da freue ich mich, wenn es gemeinsame Lösungen gibt.

Weil, das Ziel muss klar sein, da nicht politisches Kleingeld zu wechseln, sondern es muss uns gelingen, als Gesellschaft, jegliche Form des Extremismus zu unterbinden, um solche irren Attentäter und solche irren Aktionen einfach zu unterbinden und gar nicht aufstehen zu lassen.

Da werden wir uns finden, denn ich glaube, da gibt es einen Konsens. *(Beifall bei der SPÖ, den GRÜNEN und der FPÖ)*

Der letzte Punkt betrifft die Nachhaltigkeit. Seit der Uno-Konferenz 2012 ist ja auch das ein mehrdimensionaler Begriff. Die kulturelle Nachhaltigkeit und die soziale Nachhaltigkeit sind da durchaus auch benannt und besprochen worden.

Worum es mir geht, ein Stück weit, ist natürlich auch die ökonomische Nachhaltigkeit. Auch da bitte und ersuche ich Euch, schaut Euch das an.

Der Landeshauptmann macht, glaube ich, jetzt sein achttes Budget oder hat sein achttes Budget vorgelegt. Es wurde jedes Jahr gesagt, dass das Burgenland pleite ist und nichts mehr zahlen kann.

Bis jetzt ist das nicht passiert und es wird auch in Zukunft nicht passieren, weil es ja ganz wichtig ist, dass all diese Maßnahmen, die man für die Menschen im Burgenland umsetzt, auch budgetär und ökonomisch hinterlegt sind, sonst macht ja die ganze Politik wenig Sinn.

Da sind wir im Burgenland gewöhnt, im Interesse der Bevölkerung Nägel mit Köpfen zu machen.

Der wichtigste Punkt, der Nachhaltigkeit, nicht der wichtigste, aber dort, wo Nachhaltigkeit sehr oft verortet wird, das ist natürlich die ökologische Nachhaltigkeit.

Natürlich ist es wichtig und richtig in Zeiten wie diesen, sich klar zum Ausbau der Sonnen- und Windkraft zu bekennen. Da gibt es ja jetzt einen Trend, das wieder zurückbauen zu wollen.

Ich habe hier gelesen, dass die Freiheitliche Partei, und das ist jetzt kein Angriff, sondern eine Feststellung, ja durchaus immer wieder auch mit der Kernkraft liebäugelt.

Dann sage ich, was spricht dagegen, wenn ein Pumpenkraftwerk errichtet wird, das sagt jetzt nur der Roland Fürst, wenn das dort verwirklicht werden kann, dass natur- und ressourcenschonend gemacht werden könnte? *(Abg. Ing. Norbert Hofer: Kreisky war*

dafür. *Ein sehr großer Befürworter!*) und die Kernkraft-Befürworter sind auch dafür abgewählt worden. Dagegen bin ich als Zehnjähriger demonstrieren gewesen. Das weiß ich also noch als Augenzeuge.

Das ist es mir allemal lieber, als wenn dort die Atomkraft evaluiert wird, liebe Freunde der FPÖ, das sage ich an dieser Stelle auch ganz offen.

Sei es darum, ein kurzer Scherz muss auch an dieser Stelle sein.

Was wir wollen, ist eine florierende Wirtschaft für unsere Bevölkerung, für all jene, die das im Burgenland brauchen. Vor allem für unsere ältere Generation, oder, Entschuldigung, für unsere nächste Generation. Unsere ältere Generation genießt ja bereits diese Vorzüge, den enormen Aufschwung, den das Burgenland, nachweislich in allen Zahlen, in den letzten Jahren auch gemacht hat.

Was das Bruttoinlandsprodukt betrifft, so sind wir bei den Einkommen die Nummer eins.

Das ist ja nachvollziehbar, das ist ja nicht irgendetwas, was ein Märchen ist, sondern, das kann man ja auch nachlesen.

Dass wir das auch Enkel-fit machen heißt, dass wir diese Ressourcen auch übergeben können, damit die Menschen gesunde Luft atmen können, damit sie in den wunderschönen Wäldern und Weingärten, die das Burgenland bietet, weiterhin spazieren gehen können. Das Regierungsprogramm ist, denke ich, zumindest eine wirkliche Vorlage.

Es stimmt, das muss erst mit Leben erfüllt und umgesetzt werden, aber ich bin zuversichtlich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen...

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Schlusssatz bitte!

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ)** (*fortsetzend*): ... dass wir das Burgenland in den nächsten fünf Jahren in eine sichere, soziale und ökologische Zukunft führen werden. Dankeschön! (*Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN*)

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, sind wir am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

## **2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse**

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf:** Wir kommen nun zum 2. Tagesordnungspunkt, welcher die Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der weiteren ständigen Ausschüsse betrifft.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gemäß § 38 GeOLT Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a der L-GV in Verbindung mit § 50a GeOLT hat der Landtag zwingend einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmender Zahl von Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf.

Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen

Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss.

Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder des Hauptausschusses mit sechs bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmannes-Stellvertreters aus insgesamt acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern bestehen würde.

Ich lasse darüber abstimmen und ersuche nun jene Damen und Herren Abgeordnete, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke!

Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder des Hauptausschusses mit sechs festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Artikel 42a Abs. 2 der Burgenländischen L-VG gehören von den insgesamt acht Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der FPÖ, ein Mitglied beziehungsweise ein Ersatzmitglied der ÖVP und ein Mitglied wie auch ein Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Des Weiteren schlage ich vor, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden und zwar

- einen Agrarausschuss,
- einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,
- einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss,
- einen Petitionsausschuss,
- einen Rechtsausschuss,
- einen Sozialausschuss,
- einen Umweltausschuss wie auch
- einen Wirtschaftsausschuss.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzübergreifende Zusammenarbeit bereits in Artikel 42b Burgenländisches L-VG in Verbindung mit § 50b GeOLT vorgesehen ist.

Außerdem wird die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz bestimmt. Die Bildung eines Immunitätsausschusses ist zudem im § 51 GeOLT vorgesehen.

Hinsichtlich der Zahl der Ausschussmitglieder schlage ich vor, diese - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils sieben festzulegen.

Bezüglich des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in welchen gemäß Artikel 42 b, Abs. 2 L-VG jeder im Landtag vertretenen Partei zumindest ein Mitglied zukommen muss, schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder mit jeweils acht festzulegen.

Ich lasse nun über meinen Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse, - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils sieben und die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit jeweils acht festzulegen, abstimmen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke!

Mein Vorschlag wurde damit einstimmig angenommen.

Dem Ausschuss für Eeuropäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der FPÖ, ein Mitglied und ein Ersatzmitglied der ÖVP und ein Mitglied und Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der FPÖ und ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der ÖVP an.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38, Abs. 2 GeOLT, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer, sowie der Mitglieder durch die Präsidentin des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in sechs Ausschüssen, die FPÖ in drei Ausschüssen und die ÖVP in zwei Ausschüssen den Obmann.

Selbiges gilt für die Zahl der Obmann-Stellvertreter, sowie der beiden Schriftführer.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gemäß § 74 Abs. 4 GeOLT fraktionell durchgeführt.

Gemäß § 38 Abs. 3 GeOL sind die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerberinnen und Bewerber gewählt, wenn die Wahlvorschläge mehr als die Hälfte der Stimmen jener Parteien, die die Wahlvorschläge eingebracht haben, erhalten.

Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht. Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei, für die von ihren vorgeschlagenen Mitgliedern beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen, wir kommen daher zu Wahl.

Ich ersuche zunächst die beiden Schriftführer, die Wahlurne zu überprüfen, zugleich ersuche ich die Landtagsdirektion die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Die Medienvertreter im Saal und auf der Galerie darf ich daran erinnern, dass während des Wahlvorgangs vom Filmen und Fotografieren abzusehen ist.

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf** (*nach Verteilung der Stimmzettel*): Die Stimmzettel sind nunmehr verteilt. Ich ersuche Frau Schriftführerin Frau Michaela Brandlhofer um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich dann nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Schriftführerin Frau Michaela Brandlhofer hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Böhm Elisabeth, Brandstätter Killian, Dax Christian, Dolesch Jürgen, Drobits Christian, Eisenkopf Astrid, Fazekas Patrik, Fürst Roland, Grandits Thomas, Halb Fabio, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hofer Norbert, Hoffmann Thomas, Hutter Gerhard, Jaksch Mario, Kainrath Roman, Karall Jürgen, Laschober-Luif Carina, Paul-Kientzl Margit, Prohaska Doris, Ries Christian, Sagartz Christian, Schlager Claudia, Spitzmüller Wolfgang, Steiner Thomas, Stenger Rita, Strobl Bernd, Tschürtz Johann, Ulram Markus, Unger Hans, Waldmann Sandro, Whitfield Michelle, Wiesler Markus und Brandlhofer Michaela selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf**: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Stimmzählung vorzunehmen.

**Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf** (*nach vorgenommener Stimmzählung*): Die Stimmzählung ist beendet. Es wurden 36 Stimmen abgegeben, 36 Stimmen sind gültig. Damit 0 ungültig. 17 Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ. 9 Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der FPÖ. 8 Stimmen den Wahlvorschlag der ÖVP und 2 Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der GRÜNEN. Aufgrund dieser Wahl haben die Ausschüsse nun folgende Zusammensetzung -

### Hauptausschuss

#### Mitglieder:

Mag.a Astrid **EISENKOPF**

Doris **PROHASKA**

KO Mag. Dr. Roland **FÜRST**

Jürgen **KARALL**

KO Ing. Norbert **HOFER**

2. LTP Johann **TSCHÜRTZ**

Markus **ULRAM**

KO Wolfgang **SPITZMÜLLER**

#### Ersatzmitglieder:

Kilian **BRANDSTÄTTER**

Mag. Christian **DAX**

Robert **HERGOVICH**

Roman **KAINRATH**

Mag. Thomas **GRANDITS**

Markus **WIESLER**

KO Mag. Christian **SAGARTZ**, BA

Mag.a Margit **PAUL-KIENTZL**

### Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

#### Mitglieder:

#### Ersatzmitglieder:

Mag. Christian <b>DAX</b>	Elisabeth <b>BÖHM</b>
Rita <b>STENGER</b> , MA	Jürgen <b>DOLESCH</b>
Robert <b>HERGOVICH</b>	Jürgen <b>KARALL</b>
3. LTPin Claudia <b>SCHLAGER</b>	Doris <b>PROHASKA</b>
Mario <b>JAKSCH</b> , B.A.	Michelle <b>WHITFIELD</b>
Christian <b>RIES</b>	Sandro <b>WALDMANN</b>
KO Mag. Christian <b>SAGARTZ</b> , BA	Bernd <b>STROBL</b>
Mag.a Margit <b>PAUL-KIENTZL</b>	KO Wolfgang <b>SPITZMÜLLER</b>

### **Agrarausschuss**

#### Mitglieder:

Gerhard **BACHMANN**  
 Thomas **HOFFMANN**  
 Mag.a Astrid **EISENKOPF**  
 Fabio **HALB**  
 Markus **WIESLER**  
 Christian **RIES**  
 Dipl.-Ing. Carina **LASCHOB**-**LUIF**

#### Ersatzmitglieder:

Elisabeth **BÖHM**  
 Gerhard **HUTTER**  
 Roman **KAINRATH**  
 3. LTPin Claudia **SCHLAGER**  
 Mag. Thomas **GRANDITS**  
 Michaela **BRANDLHOFER**  
 Hans **UNGER**

### **Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss**

#### Mitglieder:

Jürgen **DOLESCH**  
 Gerhard **HUTTER**  
 Roman **KAINRATH**  
 Gerhard **BACHMANN**  
 Michelle **WHITFIELD**  
 Sandro **WALDMANN**  
 Bernd **STROBL**

#### Ersatzmitglieder:

Elisabeth **BÖHM**  
 Robert **HERGOVICH**  
 Thomas **HOFFMANN**  
 3. LTPin Claudia **SCHLAGER**  
 Mario **JAKSCH**, B.A.  
 Markus **WIESLER**  
 Patrick **FAZEKAS**, BA



## Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

### Mitglieder:

Doris PROHASKA  
 Elisabeth BÖHM  
 3. LTPin Claudia SCHLAGER  
 Gerhard BACHMANN  
 Mag. Thomas GRANDITS  
 Christian RIES  
 Patrick FAZEKAS, BA

### Ersatzmitglieder:

Kilian Brandstätter  
 Mag.a Astrid Eisenkopf  
 Fabio HALB  
 Roman KAINRATH  
 Michaela BRANDLHOFER  
 Markus WIESLER  
 Gerald HANDIG

## Petitionsausschuss

### Mitglieder:

Thomas HOFFMANN  
 Fabio HALB  
 Jürgen DOLESCH  
 Jürgen KARALL  
 Mag. Thomas GRANDITS  
 Sandro WALDMANN  
 Hans UNGER

### Ersatzmitglieder:

Mag. Christian DROBITS  
 Roman KAINRATH  
 Doris PROHASKA  
 Rita STENGER, MA  
 Mario JAKSCH, B.A.  
 Markus WIESLER  
 Dipl.-Ing. Carina LASCHOBEN-LUIF

## Rechtsausschuss

### Mitglieder:

Mag. Christian **DAX**  
 Mag. Christian **DROBITS**  
 KO Mag. Dr. Roland **FÜRST**  
 Kilian **BRANDSTÄTTER**  
 Mag. Thomas **GRANDITS**  
 Christian **RIES**

### Ersatzmitglieder:

Mag.a Astrid **EISENKOPF**  
 Jürgen **KARALL**  
 Doris **PROHASKA**  
 Rita **STENGER, MA**  
 2. LTP Johann **TSCHÜRTZ**  
 Markus **WIESLER**

Mag. Thomas **STEINER**

Gerald **HANDIG**

### **Sozialausschuss**

Mitglieder:

KO Mag. Dr. Roland **FÜRST**

Rita **STENGER**, MA

Elisabeth **BÖHM**

3. LTPin Claudia **SCHLAGER**

Michaela **BRANDLHOFER**

Mario **JAKSCH**, B.A.

KO Mag. Christian **SAGARTZ**, BA

Ersatzmitglieder:

Gerhard **BACHMANN**

Jürgen **DOLESCH**

Thomas **HOFFMANN**

Gerhard **HUTTER**

Michelle **WHITFIELD**

Markus **WIESLER**

Markus **ULRAM**

### **Umweltausschuss**

Mitglieder:

Gerhard **BACHMANN**

Rita **STENGER**, MA

Mag.a Astrid **EISENKOPF**

Roman **KAINRATH**

Christian **RIES**

Markus **WIESLER**

Dipl.-Ing. Carina **LASCHNER-LUIF**

Ersatzmitglieder:

Jürgen **DOLESCH**

Fabio **HALB**

Thomas **HOFFMANN**

3. LTPin Claudia **SCHLAGER**

Mario **JAKSCH**, B.A.

Michelle **WHITFIELD**

Hans **UNGER**

### **Wirtschaftsausschuss**

Mitglieder:

Gerhard **HUTTER**

Elisabeth **BÖHM**

Thomas **HOFFMANN**

Roman **KAINRATH**

Michelle **WHITFIELD**

Ersatzmitglieder:

Gerhard **BACHMANN**

Fabio **HALB**

Jürgen **KARALL**

3. LTPin Claudia **SCHLAGER**

Sandro **WALDMANN**

Mario **JAKSCH, B.A.**

Christian **RIES**

Mag. Thomas **STEINER**

Bernd **STROBL**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und bin überzeugt, dass Sie Ihre Aufgaben in verantwortungsvoller Art und Weise bewältigen werden.

Meine Damen und Herren! Ich nehme nun die Zuweisungen in die jeweiligen Ausschüsse vor.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2021-2027 EFRE“ samt Finanztabelle sowie die dazugehörigen Indikatoren zur Kenntnis genommen wird (Zahl 2100-0002) (Beilage 0002)

Zuweisung an den Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

2. Beschlussantrag mit dem das „Additionalitätsprogramm Burgenland 2021-2027 ESF+“ samt Finanztabelle sowie die dazugehörigen Indikatoren zur Kenntnis genommen wird (Zahl 2100-0003) (Beilage 0003)

Zuweisung an den Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

3. Beschlussantrag mit dem die Vereinbarung gemäß Artikel 15a Abs. 2 B-VG über die Anwendung und Umsetzung der VRV 2015 durch die Länder zur Kenntnis genommen wird (Zahl 2100-0004) (Beilage 0004)

Zuweisung an den Rechts- und dem Finanz-, Budget- und dem - Haushaltsausschuss

Vom Rechnungshof ist der Bericht betreffend

1. „Nationalpark Neusiedler See - Seewinkel; Follow-up-Überprüfung“ (Reihe Burgenland 2025/2) (Zahl 2100-0001) (Beilage 0001)

Zuweisung an den Rechtsausschuss

Ebenso sind folgende selbständige Anträge eingelangt:

1. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Norbert Hofer, Christian Ries, Mag. Thomas Grandits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Tag der Sicherheit“ (Zahl 2100-0005) (Beilage 0005)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss

2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Ing. Norbert Hofer, Mag. Thomas Grandits, Christian Ries auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Ausbau des burgenländischen Fahrradnetzes im Ortsgebiet durch Schaffung einer Förderschiene für Gemeinden“ (Zahl 2100-0006) (Beilage 0006)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss

3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Norbert Hofer, Christian Ries, Mag. Thomas Grandits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Wiedereinführung des Projekts Sicherheitspartner“ (Zahl 2100-0007) (Beilage 0007)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss.

4. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend dringend benötigte Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (Zahl 2100-0008) (Beilage 0008)

Zuweisung an den Rechts- und Wirtschaftsausschuss

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherstellung der gesetzlichen, lebensstandarderhaltenden Pensionen und klare Absage an jegliche Tendenzen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters (Zahl 2100-0009) (Beilage 0009)

Zuweisung an den Rechts- und Sozialausschuss

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Ablehnung einer Sanierung des Bundesbudgets auf Kosten der Bundesländer und Gemeinden (Zahl 2100-0010) (Beilage 0010)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Norbert Hofer, Christian Ries, Mag. Thomas Grandits betreffend „Umsetzung eines Verbotsgesetzes für den politischen Islam“ (Zahl 2100-0011) (Beilage 0011)

Zuweisung an den Rechtsausschuss

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Ries, Ing. Norbert Hofer, Mario Jaksch BA auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes im Rahmen der durch geführten „Follow-Up-Überprüfung“ zur Sicherung des Nationalparks Neusiedler See - Seewinkel. (Zahl 2100-0012) (Beilage 0012)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss

9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmenpaket für leistbares Wohnen und Abschaffung der Baulandsteuer (Zahl 2100-0013) (Beilage 0013)

Zuweisung an den Rechts- und Finanz- Budget und Haushaltsausschuss

10.Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Christian Sagartz, BA, Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Vorsorge-Tausender (Zahl 2100-0014) (Beilage 0014)

Zuweisung an den Rechts- und Sozialausschuss

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist damit e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden.

Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 20. März 2025, vorgesehen ist.

Außerdem finden am Mittwoch, dem 26. Februar 2025, um 14.00 Uhr, die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse statt. Zudem lade ich im Anschluss an die

heutige Sitzung zu einer Präsidialkonferenz in mein Büro ein. Es ist nun 12.19 Uhr und ich erkläre damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n**. Danke schön!

**Schluss der Sitzung: 12 Uhr 19 Minuten**